

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-J. Misselwitz

Politikwahrnehmung und Politikvermittlung  
in den neuen Bundesländern

Paul Ciupke/Norbert Reichling

Politische Erwachsenenbildung als Ort  
öffentlicher Verständigung

Klaus Koopmann

Die politische Beteiligung junger Menschen:  
(k)ein Thema für die politische Bildung?

B 45-46/94  
11. November 1994

Hans-J. Misselwitz, Dr. rer. nat., geb. 1950; seit 1991 Leiter der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung; bis 1981 als Biologe in der Forschung tätig, dann Theologiestudium und im kirchlichen Dienst; 1990 Eintritt in die aktive Politik, Mitglied der Volkskammer und Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium. Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Veröffentlichungen zu Fragen der politischen Bildung und zum Umgang mit der DDR-Geschichte.

Paul Ciupke, Diplompädagoge, geb. 1953; Studium der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie in Münster/Westf.; pädagogischer Mitarbeiter beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW (Essen).

Veröffentlichungen zu Geschichte und gegenwärtigem Selbstverständnis politischer Bildung, zum Verhältnis von Medien und Bildung sowie zu aktuellen politischen Zeitfragen; zuletzt: Erwachsenenbildung. Vom Prügelknaben zum neuen Selbstbewußtsein?, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 33 (1994) 1.

Norbert Reichling, M. A., Dr. phil., geb. 1952; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Publizistik in Münster/Westf.; pädagogischer Mitarbeiter beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW (Essen).

Veröffentlichungen zu Geschichte und aktuellen Problemen der politischen Erwachsenenbildung, zur Arbeiterbewegungskultur und zum Umgang mit dem Nationalsozialismus, u. a.: Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik, Münster 1983; Ein „Bad Godesberg“ für den Bildungsurlaub?, in: Jahrbuch Arbeit – Bildung – Kultur, hrsg. vom Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Bd. 11, Recklinghausen 1993.

Klaus Koopmann, geb. 1941, Dr. rer. pol.; Hochschuldozent für Politikdidaktik im Studiengang Politikwissenschaft/Gemeinschaftskunde der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Vertrauensleute. Arbeitervertretung im Betrieb, Frankfurt/M. – Wien 1982; Schule und Rechtsextremismus. Zum schwierigen Umgang mit einem komplexen gesellschaftlichen Problem, in: Politisches Lernen, (1993) 1; Politische Beteiligung zwischen „Partizipatorischer Revolution“ und „Individualisierung“. Eine über das „Superwahl-Jahr '94“ hinausgehende Herausforderung für den Gesellschafts- und Politikunterricht, in: Forum Politikunterricht, (1994) 2.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Politikwahrnehmung und Politikvermittlung in den neuen Bundesländern

## Was kann politische Bildung zur Festigung der Demokratie leisten?

Der demokratische Herbst 1989 feiert dieser Tage in den Medien sein Jubiläum. Von seinen ursprünglichen Forderungen nach gesellschaftlichem Dialog und freien Wahlen wurde nur letztere erfüllt. Und auch da tut offenbar nur eines not, nimmt man die Sprüche der politischen Parteien ernst – Mobilisierung der Wählerschaft:

„Jetzt geht's los!“  
„Damit wir es schaffen!“  
„Diesmal geht's um alles!“

Der Eindruck, es gehe nicht zuerst um politische Zustimmung, sondern vor allem um Gefolgschaft, ist kaum zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, scheint Politikvermeidung allemal angeraten. Ist der Kredit für politische Lösungen verbraucht?

Bei den vorgezogenen Landtagswahlen im Osten enthielt sich der neue Souverän nahezu mehrheitlich der Stimme. Oder anders ausgedrückt: Er wählte die Partei der Nichtwähler zur stärksten Partei. Mehr Menschen, als dem Ansehen demokratischer Institutionen zuträglich ist, haben sich im Osten von der Politik abgewandt. Wie lange verträgt sich das mit den Legitimitätsgrundlagen demokratischer Politik? Haben wir eine Demokratie ohne ausreichend Demokraten, eine Republik mit einem „halbsouveränen Volk“? Die Rehabilitation der Politik, die Ermutigung zu politischer Partizipation ist eine der wichtigsten künftigen Aufgaben. Politische Bildung – was immer darunter zu verstehen ist – ist zumindest gefordert, Impulse für neues politisches Engagement zu geben.

---

### I. Symptome der Entfremdung von Politik

---

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen enthielten sich zwischen 42 und 45 Prozent der Wahlberechtigten der

Stimme<sup>1</sup>. Vor dem Hintergrund dieser hohen Wahlenthaltung zielt die geräuschvolle Debatte um die Erfolge der PDS an den eigentlich besorgniserregenden Symptomen der politischen Entwicklung vorbei. Trotz beträchtlicher Zugewinne beträgt die faktische Wählerklientel der PDS lediglich 10 bis 12 Prozent des ostdeutschen Wahlvolkes. Um so erstaunlicher ist allerdings, wie wenig Aufmerksamkeit der Tatsache gewidmet wird, daß die Wähler der PDS zusammen mit den Nichtwählern mehr als die Hälfte der Ostdeutschen ergeben, die mit ihrem Verhalten bekunden, daß sie sich von der westlich geprägten und dominierten Parteienlandschaft nicht vertreten fühlen.

Selbst in Sachsen und Brandenburg, wo die Kompetenz der Regierenden unumstritten ist, haben die klaren Wahlsieger in absoluten Zahlen nur wenig an Kredit gewonnen. Obgleich mit komfortablen Mehrheiten ausgestattet, können sich die Ausnahmeerscheinungen Biedenkopf und Stolpe auf lediglich etwas mehr als 30 Prozent aktive Zustimmung im Volk berufen. Dabei haben sie von einer immer noch starken Orientierung der ostdeutschen politischen Kultur auf Konsens, Ausgleich und Verständigung profitiert. Ob man dies, wie teilweise geschieht, als vordemokratisches Relikt abtut oder als rationale Entscheidung begrüßt – es handelt sich jedenfalls um ein Politikmuster, das schon 1990 westdeutsche Politikangebote und -anbieter begünstigte. Politisches Vertrauen orientiert sich, wenn überhaupt, eher an Personen als an Programmen. Angesichts der erdrückenden Probleme neigt der Wähler weniger zum Wechsel bzw. zu Alternativen. Sachkompetenz geht vor Polemik, wovon insbesondere die jeweils Regierenden profitieren – aber auch die PDS, die über genügend qualifizierte personelle Ressourcen verfügt. Die Sieger von Dresden und Potsdam trugen überdies selbst der Entpolitisierung des Wahlkampfes Rechnung, indem sie sich als integrierende Personen präsentierten und auf landsmannschaftliche Wir-Gefühle setzten.

---

1 Die Wahlbeteiligung betrug bei den Landtagswahlen in den Ländern Sachsen-Anhalt 54,9 %, Brandenburg 56,2 % und Sachsen 58,4 %.

Das Erbe der politischen Sozialisation in der DDR spielt im Zusammenhang mit der merklichen Distanz der Bürger zur Politik eine wichtige, aber keine alleinige Rolle. Als Konsequenz der Auflösung des systembedingten politischen Orientierungsrahmens ist bei den Ostdeutschen das Erfahrungswissen aus allen drei Dimensionen des Politischen tiefgreifend entwertet worden. Im Bereich der politischen Ordnungsvorstellungen (*polity*) gibt es zwar eine Fülle von Analogien aus dem realsozialistischen Vorwissen, aber praktisch kaum eine brauchbare. Die staatlichen, rechtlichen und politischen Institutionen und Organisationsnormen sind allesamt neu, obwohl die terminologischen Parallelen eine scheinbare Identität vorgeben. Diese Umnormierung erzeugte sowohl Hilflosigkeit als auch falsche Erwartungen.

Die Erfahrungen mit praktischer Politik (*politics*), Interessenartikulation und -durchsetzung, Legitimitätsbeschaffung und Organisationswissen, Kompromiß- und Konsensbildung stammen, wenn überhaupt vorhanden, aus eher privaten, das heißt aus nicht öffentlich zugänglichen oder beeinflussbaren Zirkeln – ob aus Freundeskreis oder Gremien von Organisationen oder Parteien. Die Übertragung dieser Erfahrungen führt heute ebenfalls zu Mißverständnissen in bezug auf eine öffentliche Streitkultur. Konkurrenz und auch Dissens stehen unter dem Verdacht bloßen Machtgerangels und inhaltsleeren Verfahrensstreites, statt als Mittel der Differenzierung politischer Motive und Rollen anerkannt zu werden. Demgegenüber steht „Sachpolitik“ (*policy*) hoch im Kurs. Man erwartet vor allem Sachlösungen. Fachkompetenz rangiert bei weitem höher als politisches Geschick.

Für die offensichtlich wachsende Distanz zur Politik sind Entwicklungen verantwortlich, die nicht nur für Ostdeutschland typisch sind. Die Motive und die soziale Herkunft der politikverdrossenen Nichtwähler sind überdies durchaus nicht einheitlich<sup>2</sup>. Besondere Aufmerksamkeit muß allerdings der auffällig geringen politischen Partizipationsbereitschaft und Wahlbeteiligung bei jungen Leuten unter 30 Jahren im Osten gelten<sup>3</sup>. Obwohl Wahlbeteiligung theoretisch immer mit politischem Interesse korreliert, ist die ostdeutsche Tendenz der Wahlenthaltung nicht in erster Linie ein Zeichen für sinkendes Interesse an Politik, da sich dieses nur wenig verändert

hat<sup>4</sup>. Wahlenthaltung erscheint vielmehr als Reflex auf das, was sich den Ostdeutschen als Politik anbietet.

Empirische Erhebungen zeigen in Ostdeutschland ein seit 1990 ständig und alarmierend schwächer werdendes Potential für eine aktive Bereitschaft an demokratischer Mitgestaltung sowie ein dramatisch gesunkenes Ansehen des pluralistischen Parteiensystems:

– In Parteien, Bürgerinitiativen oder Kommunen wenn auch nur sporadisch mitzuwirken, gaben 1991 23,9 %, 1992 noch 15,2 % und 1993 nur noch 13,1 % der Befragten an. Das heißt, das aktive Potential in der Bevölkerung halbierte sich beinahe.

– Auf die Frage, wie wichtig es sei, in einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem zu leben, antworteten im Jahr 1990 89,5 % mit „sehr wichtig“ oder „wichtig“. 1991 waren nur noch 49,6 %, 1992 45,5 % und 1993 schließlich nur noch 43,1 % von der Wichtigkeit eines pluralistischen Parteiensystems überzeugt. Für „weniger wichtig“ bzw. „unwichtig“ votierten 1993 31,2 %. 1990 waren dagegen nur 2,4 % dieser negativen Meinung gewesen.

– Im Verhältnis zu den Parteien drückt sich im Vergleich zwischen 1991 und 1993 eher eine wachsende Ambivalenz denn eine klare Zuordnung aus. Ausgesprochen starke Sympathieeinbrüche hatte die F.D.P. zu erleiden (von 24,3 % auf 12,3 %). Die Sympathie für die CDU sank von 24,8 % auf 17,1 %, aber auch die SPD gab von 36,5 % auf 31,5 % nach. Allein die PDS konnte sich von 11,6 % auf 16,7 % verbessern. Das konkrete Wahlverhalten deckte sich jedenfalls nicht mit den Sympathiewerten. Eindeutig ist allerdings, daß die Republikaner mit Sympathiewerten um 2 % kein Umfeld haben, das größer ist als die Zahl ihrer Wähler. Der Anteil derer, die die Republikaner offen ablehnen, ist weitaus am größten und hat sich von 1991 bis 1993 von 73 % auf 81 % noch verstärkt. Demgegenüber verzeichnet die PDS eine deutlich zurückgehende Ablehnungsfront von 51 % auf 41 %. Der Anteil der Indifferenten, d. h. keine Meinung zur jeweiligen Partei Äußernden, hat im gleichen Zeitraum gegenüber allen Parteien tendenziell zugenommen und schwankt zwischen 40 und 60 % bei den einzelnen Parteien. Gegenüber den Republikanern bleibt die Zahl der Unentschiedenen stabil bei 11–12 %<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992.

<sup>3</sup> Vgl. Renate Köcher, *Politische Partizipation und Wahlverhalten bei Männern und Frauen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/94, S. 24–31.

<sup>4</sup> Ebd., S. 26ff.

<sup>5</sup> Sämtliche Angaben nach: *Leben 93. Leben in Ostdeutschland, Daten und Feldbericht. Empirisch-methodische Arbeitsgruppe am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin – Brandenburg*, Berlin 1993.

Die spezifischen Ursachen dieser Entwicklung im Osten können wegen der seit 1990 zu beobachtenden Tendenz nicht länger einseitig als Erblasten oder Bewußtseinsrückstände verrechnet werden. Die scheinbar reibungslose Übernahme der westlichen politischen Wertorientierungen und Institutionen, wie sie 1990 im ostdeutschen Meinungsspektrum und Wahlverhalten zum Ausdruck kam, bedeutete offensichtlich nicht, daß sie durch entsprechende Formen politischer Willensbildung und Selbstorganisation gedeckt bzw. getragen wäre. Der Transfer der in der Bundesrepublik bewährten Institutionen, Regelsysteme und Organisationsformen nach Ostdeutschland hat zwar für äußerliche Stabilität gesorgt, aber gleichzeitig erhebliche Repräsentationsdefizite hinterlassen<sup>6</sup>. Bis auf wenige Ausnahmen erscheint eine eigene politische Vertretung durch Einbindung in die westdeutsch dominierten Parteien, Gewerkschaften und Verbände neutralisiert oder durch ihre politische Vergangenheit diskreditiert. Auf den wichtigsten Positionen der neuen ostdeutschen Administrationen dominieren „Westimporte“, die mit ihren Entscheidungsprotokollen und Problemdeutungen zwar die Standards der westdeutschen politischen Klasse auf den Osten übertrugen, aber damit zugleich einem Kartell westdeutscher Interessenpolitik zugerechnet werden.

Diese Tatsache der Dominanz westdeutscher Eliten im ökonomischen, politischen und administrativen Bereich Ostdeutschlands hat einem tiefen und langfristig nachwirkenden antiwestdeutschen Ressentiment in Ostdeutschland Nahrung gegeben. Unabhängig von der politischen Einstellung sehen große Teile der Bevölkerung einen Zusammenhang zwischen westdeutscher Interessenpolitik und ostdeutscher Misere. Die Rede von der westdeutschen Kolonialisierung Ostdeutschlands<sup>7</sup> greift aber nicht nur als pauschales Deutungs-

muster. In ihr ist auch ein kollektiver Entlastungsversuch und Rückzug aus politischer Verantwortung – einschließlich der aus der Vergangenheit resultierenden Mitverantwortung – angelegt. Dieser treibt in der Tat paradoxe Blüten.

---

## II. Politische Spezifika der ostdeutschen Systemtransformation und ihre Folgen für die Politikwahrnehmung

---

Heute, vier Jahre nach der Vereinigung, steht fest, daß die Kosten, die Fristen und die Problemtiefe der Systemtransformation unterschätzt wurden. Doch nicht die gigantischen finanziellen Kosten sind das eigentliche langfristige Problem des ostdeutschen Weges der Systemtransformation, sondern seine soziostrukturellen Folgen und deren politische Bedeutung.

Die schlagartige Ausdehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik auf das Gebiet der neuen Länder bedeutete, daß damit der Rahmen und die Grenzen der gesellschaftlichen Umgestaltung vorgegeben wurden und wegen der ostdeutschen Minderheitensituation nicht verändert werden konnten. Damit wurde gleichzeitig für die Ostdeutschen der Wechsel in ein auf hohem Standard funktionierendes System vollzogen. Der Systemwechsel und die Vereinigung sind gleichzeitige Ereignisse. Dieser Schritt ist nur mit einer kollektiven Emigration zu vergleichen – die psychologischen Folgen eingeschlossen.

Die übernommene Ordnung brachte für den einzelnen und die Allgemeinheit Vorteile, die im Vergleich mit den Entwicklungen in anderen postkommunistischen Staaten immer wieder hervorgehoben zu werden verdienen. Hierfür haben sich die Ostdeutschen in ihrem Wahlverhalten im Jahr 1990 auch erkenntlich gezeigt. Der Preis, der dafür zu entrichten ist – eine Rechtsordnung zu übernehmen, die für bestimmte Spezifika der DDR-Sozialisation blind ist –, geht aber nicht nur zu Lasten einzelner Gruppen der Gesellschaft, sondern auch des Ansehens des Rechtsstaates. Damit sind die Vorteile der ostdeutschen Umgestaltung auch in ein unausweichliches Dilemma verstrickt: Der Rechtsstaat und seine Institutionen sind nicht mehr das Ziel, sondern ein Instrument der Gesellschaftstransformation.

Das Vorhandensein rechtsstaatlicher Regeln, das Vertrauen in die Rechtsförmigkeit der Umgestal-

6 Vgl. Heidrun Abromeit, Die „Vertretungslücke“. Probleme im neuen deutschen Bundesstaat, in: Gegenwartskunde, 42 (1993), S. 281–292; Helmut Wiesenthal, Blockaden, Asymmetrien, Perfektionsmängel: Ein Vergleich der Repräsentationschancen sozialer Interessen im Transformationsprozeß, Arbeitspapier 93/5 der AG Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern der Max-Planck-Gesellschaft.

7 „Der Eindruck der Ostdeutschen, ihre Heimat wurde im Kolonialstil von den Westdeutschen erobert, ist keinesfalls nur ein subjektives Zerrbild der Realität. Auch objektiv gesehen läuft alles auf eine Kolonialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der ehemaligen DDR hinaus. Schon die an die neuen Bundesbürger herangetragenen Erwartungen, die westlichen Werte, Lebens- und Arbeitsstile schleunigst zu verinnerlichen, entspringt kolonialer Denkweise.“ Peter Christ/Ralf Neubauer, Kolonie im eigenen Land. Die Treuhänder, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Bundesländer, Berlin 1991, S. 216.

tung bedeutete einerseits einen unmittelbaren Gewinn an Freiheit und Rechtssicherheit. Andererseits stellte die Anwendung des westdeutschen Rechtssystems einen abrupten Verlust an Kompetenz und Status in all den Fällen dar, in denen die westliche Gesetzgebung keine Rechtstitel für erworbene ostdeutsche Anrechte vorsah. Die Ostdeutschen mußten sich also nicht nur in neue Verhältnisse einordnen, sondern sie mußten sich auch unterordnen, wo die Westdeutschen auf Grund der in diesem System erworbenen Rechte die besseren Karten hatten. Dies bezieht sich insbesondere auf die Anerkennung von Qualifikationen, allgemeinen und privaten Eigentumstiteln sowie sozialen Ansprüchen.

Zwei besondere Erfahrungen mit dem Rechtsstaat seien in ihrer Problematik hervorgehoben:

### 1. Der Rechtsstaat und die Eigentumsfrage

Im Sinne der Herstellung rechtsstaatlicher Bedingungen war die Trennung von Staat und Gesellschaft und damit die Beseitigung des „Volkseigentum“ genannten Staatseigentums die wichtigste Aufgabe. Privateigentum ist im Sinne des Art. 14 GG die Grundlage wirtschaftlicher Freiheit und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. Die Frage, ob man Eigentümer ist, ob man über die Mittel zur persönlichen Existenzsicherung verfügt, ist für die Erfahrung mit dem Rechtsstaat nicht unerheblich. Die in den letzten Jahren vollzogene Umgestaltung der ostdeutschen Eigentumsverhältnisse hat nun Eigentumstitel aus dem grundgesetzwidrigen „sozialistischen Eigentum“ grundsätzlich nicht unter den Schutz des Grundgesetzes gestellt. Daher nehmen die Eigentümerrechte der die Rückübertragung wünschenden Alteigentümer eine Sonderstellung ein<sup>8</sup>. Bis 1992 wurden 1,1 Millionen Anträge mit über 2,5 Millionen Rückübertragungsansprüchen registriert. Die Größenordnung dieses Vorgangs verdeutlicht, daß die Betroffenheit im Osten nicht nur eine Solidarität der früher vom System Privilegierten erzwingt, sondern die Basis für ein breites antiwestdeutsches Ressentiment bildet.

Hinzu kommt, daß Rechtspositionen von DDR-Bürgern gegenüber demselben Eigentum – die zum Beispiel durch unterbezahlte Arbeitsleistungen zu Zeiten der DDR begründet werden könnten – nicht restituiert werden. Dies mag angesichts der wie auch immer zu beurteilenden Pleite der DDR-Staatswirtschaft kein Verlust im Sinne von posi-

ven Vermögensansprüchen sein. Verloren wurden aber nicht nur vermögensrechtliche Ansprüche auf das „Volkseigentum“, wie sie das Treuhandgesetz noch einräumte, sondern – viel wichtiger – die damit verbundenen Besitzstände in der sozialistischen Gesellschaft. Drei wichtige „Errungenschaften“ sind für einen breiten Teil der Bevölkerung zwar nicht ersatzlos gestrichen, aber doch nur teilweise und für Teile der Bevölkerung gesichert: eine Beschäftigungsgarantie, eine umfassende soziale und Freizeitversorgungs-garantie sowie die „Zweite Lohntüte“ in Gestalt staatlich subventionierter Leistungen von der Wohnung bis zu Kinderversorgungseinrichtungen. Das Wegbrechen dieser sozialistischen Errungenschaften ist für die Mehrheit der heute in Lohn und Brot stehenden Ostdeutschen durch höhere Arbeitseinkommen zur Zufriedenheit substituiert. In diesem Fall hat sich der politisch offerierte und auch mehrheitlich gewollte Kern des „Währungsunion-Deals“ von 1990 – Ostvermögen gegen Westgehälter – bewährt. Das gilt nicht für die nahezu drei Millionen, die nach 1990 so oder so aus dem Erwerbsleben gedrängt wurden.

Die Einführung westlicher Standards entwertete aber nicht nur das mitgebrachte ökonomische Kapital; gleichzeitig kam es zu einer Abwertung des kulturellen und des sozialen Kapitals breiter Schichten der Bevölkerung. Das heißt, die Erfahrung der Abwicklung der für den Osten spezifischen Erwerbs-, Eigentums- und Sozialstrukturen und des damit verbundenen Kompetenz- und Statusverlustes wird je nach Betroffenheit gegen den Freiheitsgewinn des Rechtsstaates aufgerechnet. Volles bzw. viel Vertrauen in das neue Rechtssystem bekundeten 1993 11,5 % der Ostdeutschen, sehr wenig oder überhaupt kein Vertrauen äußerten 42,3 %<sup>9</sup>!

### 2. Der Rechtsstaat, Vergangenheitsbewältigung und Elitenwechsel

Vergangenheitsbewältigung bedeutet in der Praxis die Überwindung der alten Ideologie und damit den Bruch mit den durch diese legitimierten politischen Eliten. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist eine Voraussetzung der notwendigen Zukunftsgestaltung. Die Erstreckung des Grundgesetzes auf die neuen Länder hat praktisch zwei Funktionen: einerseits die Ausdehnung einer objektiven Werteordnung und damit die Rolle eines Ideologiewechsels, andererseits die Rahmensetzung für eine rechtliche Regelung des Elitenwechsels.

8 Vgl. Otto Kimminich, Bemerkungen zur Überleitung der Eigentumsordnung der ehemaligen DDR, in: Klaus Stern (Hrsg.) Deutsche Wiedervereinigung, Bd. I, Köln 1991, S. 11.

9 Vgl. Leben 93. Leben in Ostdeutschland. Daten und Feldbericht (Anm. 5), S. 53.

Für die ideologische Bewertung gilt grob gesprochen die Regel, daß die nichtrechtsstaatliche Vergangenheit per se rechtswidrig war. Das ist abstrakt in der Formel vom „Unrechtsstaat DDR“ zusammengefaßt. Für die juristische Bewertung von Handlungen in der DDR bleibt auf Grund des grundgesetzlichen Rückwirkungsverbot nach Art. 103 die normative Dimension des DDR-Rechts bestehen, ohne daß dies jedoch einer Billigung gleichkommt. Ohne Probleme können daher Rechtsverletzung oder Rechtsbeugung entsprechend DDR-Recht rechtsstaatlich verfolgt werden, wie zum Beispiel die Wahlfälscher-Prozesse zeigen. Eine Abrechnung mit den Stützen des Regimes – wie im Honecker-Prozeß und in den folgenden Prozessen geschehen auf der Basis der Erstreckung des Schuldspruches wegen Totschlages gegen die „Mauerschützen“ auf die höchsten staatlichen Verantwortlichen – ist schon problematischer. Die Kriminalisierung der Anwendung staatlicher Gewalt, auch wenn sie in diesem Falle besonders moralisch verwerflich ist, ist letztlich nicht auf den Totschlag an der Mauer zu beschränken, sondern stellt den ganzen DDR-Staat vor Gericht<sup>10</sup>. Die Konsequenz daraus wäre, daß damit sämtliche politischen Funktionseliten der DDR, die in das System eingebunden waren, in den Rang von Tätern und Mittätern einzustufen wären. Damit wäre eine Legitimation für den notwendigen Elitenwechsel geliefert<sup>11</sup>.

Eine konsequente juristische Verfolgung dieses Prinzips gerät gleichwohl an praktische wie politische Grenzen. Der Rechtsstaat erweist sich – je nachdem – entweder als inkonsequent oder als selektiv. Beides schadet seinem Ansehen. Die Klage von Bärbel Bohley: „Wir haben Gerechtigkeit gefordert und den Rechtsstaat bekommen“ gehört wohl hierher. Sie bezeichnet aber das Versäumnis des *Pouvoir constituant* im Jahre 1989/90, Ausnahmetatbestände für die rückwirkende Bestrafung festumrissener Straftatbestände zu schaffen.

Gesellschaftlich relevant wurde der Tatbestand eines somit allgemeinen Kriminalitätsverdachts nur im Zusammenhang der Neugestaltung des

öffentlichen Dienstes im Osten. Hier wurde zwar nicht abgeurteilt, aber über Weiterbeschäftigung von weit mehr als einer Million Menschen entschieden. Dies hat im Vergleich zu allen anderen postkommunistischen Ländern zu einer außerordentlichen Schärfe des Bruchs nicht nur mit alten staatlichen und politischen Eliten geführt. Sämtliche Mitarbeiter von nicht privatisierbaren oder unverzichtbaren staatlichen Einrichtungen, wie Polizisten, Wissenschaftler, Ärzte u.a., standen unter diesem Verdikt, dessen Auswirkungen, besonders problematisch, sich bis auf das Rentenrecht erstrecken. Da sich dieses aber nicht als allgemeines Recht, sondern nur als Selektionsinstrument durchsetzen ließ, hat der Rechtsstaat auf diesem Feld verloren. Nicht nur bei den davon Betroffenen gerät der Hinweis auf den Art. 131 des Grundgesetzes, der die Rechte und Ansprüche der Angehörigen des öffentlichen Dienstes des NS-Staates in der Bundesrepublik schützte, zum politischen Skandal.

Vom Kapital der politischen Freiheitsbewegung vom Herbst 1989 und dem neuen demokratischen Selbstbewußtsein ist auch aus den genannten Gründen wenig übriggeblieben. Es geriet unter Druck des administrativ durchgesetzten Systemwechsels und schon bald in die paradoxe Lage, entweder auf die politischen Mühlen der PDS und der von ihr gesteuerten „Komitees für Gerechtigkeit“ geleitet oder in ein renitentes Ossi-Selbstbewußtsein umgewertet zu werden. Eine Wiederbelebung der Bürgerbewegung, die einst im SED-Regime einen klaren Adressaten hatte, scheidet nicht zuletzt an der Differenzierung der politischen Motive und sozialen Schicksale im vereinten Deutschland.

Die Bürgerrechtsbewegung fiel im vereinten Deutschland ausgerechnet einem Problem zum Opfer, das sie paradoxerweise auf dem Wege zu ihrer hervorragenden politischen Bedeutung im Herbst 1989 schon einmal bewältigt hatte: die Überwindung der Minderheitensituation moralisch und politisch konsequenter Systemgegner durch eine allgemeine und inklusive Öffnung für die Anliegen aller Bürger, ohne Ansehen der Herkunft. Die im Zusammenhang mit der Stasi-Debatte erfolgte und akzeptierte Image-Rückverschiebung in die Rolle der alten DDR-Opposition, diesmal nur noch im Zeit- und Kronzeugenstand, schuf eine exklusive Gesellschaft weniger und überdies durch interne Opfer-Hierarchien sich selbst dezimierender Aufrechter. Eine Solidarisierung mit den vielen, nun unter neuen Existenzsorgen lebenden und auf Grund ihrer DDR-Biographie sich benachteiligt fühlenden Landsleuten konnte so nicht wieder entstehen.

10 Vgl. Uwe Wesel, Ein Staat steht vor Gericht, Frankfurt/M. 1994.

11 Vgl. B. Schlink, Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit, Antrittsvorlesung vom 27. 4. 1994 an der Humboldt-Universität zu Berlin: „So hat der besondere deutsche Eifer bei der strafrechtlichen Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit einen doppelten Grund. Er dient zugleich der Siegerjustiz und der Besiegtenexkulpation; er legitimiert den Westen, wenn er seine Eliten anstelle der alten Elite des Ostens setzt, und exkulpiert im Osten alle, die sich in den DDR-Jahren nicht als Elite oder mit Exzessen exponiert haben.“ (unveröff. Ms.)

Der Konsens der von den großen Parteien umkämpften gesellschaftlichen Mitte ist nach dem Wegfall des „Geh-doch-rüber“-Arguments dabei, sich stärker nach rechts zu entwickeln. Der wachsende soziale Differenzierungsdruck in einer sich rasant ändernden Arbeitswelt erhöht den Bedarf an ideologisch begründeter Ungleichheit und Ausgrenzung. Hier liegt ein Gefahrenpotential, weil dies die Basis rechtsextremer oder nationalistischer Legitimationsbeschaffung ist, die weit in die Mitte der Gesellschaft reicht<sup>12</sup>. Tendenzen, auf die offensichtlichen ideologischen Fehlstellen mit einer Politik des „gesunden Volksempfindens“ zu reagieren, über den Vormarsch geschichtsrevisionistischer Positionen zu einem neudeutschen Normalitätsbegriff zu kommen, sind unübersehbar. Damit ist der demokratisch-bürgerliche Konsens, der durch Grundgesetz und westliche Wertorientierung geprägt ist, in Gefahr, als Sonderweg, als Ausdruck der Nichtsouveränität denunziert und allmählich demontiert zu werden. Aber auch das Gegenteil – das Verdrängen des Nationalen – würde insbesondere von unseren europäischen Nachbarn als problematischer Sonderweg und als Ausdruck mangelnder Souveränität erachtet werden.

Welchen Einfluß diese Debatte auf die ostdeutsche Entwicklung gewinnen wird, ist schwer abzuschätzen. Noch sind die Formierungen der politischen Lager im Osten nicht abgeschlossen, sondern von vielen gegensätzlichen Bedingungen und Faktoren überdeckt. Die etablierte Politik zog daraus den Vorteil, daß die Übertragung der tiefgreifenden sozialen Interessenkonflikte auf die politische Ebene weitgehend blockiert war und unter äußerlicher Stabilität Operationen durchgeführt werden konnten, die mit den gleichen strukturellen und existentiellen Konsequenzen in keiner gefestigten Demokratie durchsetzbar gewesen wären. Dies wird natürlich nicht auf Dauer so bleiben, sondern die Konflikte werden sich in den kommenden Jahren institutionell-organisatorisch Bahn brechen. Die soziologisch gut beschreibbaren Gruppen der „Verlierer“ im sogenannten „nachholenden Modernisierungsprozeß“ haben bisher sehr unterschiedliche politische Zuordnungen gewählt. Das noch fast ein Drittel der Bevölkerung ausmachende „traditionsverwurzelte Arbeiter- und Bauernmilieu“<sup>13</sup> ist am stärksten von der ökonomischen Strukturkrise im Osten betroffen und wird

nach westdeutschem Standard und wirtschaftlicher Existenzfähigkeit dezimiert werden. 1990 hat diese Schicht noch weitgehend CDU gewählt, heute finden sich hier die meisten Nichtwähler. Eine tragende politische Verbindung mit Teilen der deklassierten Funktionseliten, die im wesentlichen nur statusmäßig zu den Verlierern gehören und den Kern der PDS-Anhängerschaft abgeben, ist nicht wahrscheinlich. Wahrscheinlich und logisch ist, daß sich aus der latenten antipluralistischen und antikapitalistischen Haltung, die sich gegenwärtig entweder auf Nichtwähler oder auf die PDS politisch verteilt, ein breiteres antidemokratisch-antiwestliches Milieu herausdifferenziert. Da diese Schichten nicht wie die PDS zu einer selbstbewußten Minderheitsposition tendieren, ist die Gefahr nicht gering, daß Synergismen zwischen Ost und West in eine rechtsnationale Bewegung führen werden. Denn mehr als gegenwärtig werden auch im Westen soziale Deklassierungsängste durchschlagen und zu einer Hinwendung zu neuen ressentimentbeladenen Positionen führen.

Die wachsende Abneigung gegen die Politik und die damit verbundene Entfremdung von den demokratischen politischen Parteien stellt die eigentliche Gefährdung der Demokratie dar. Die Festigung des demokratischen Bewußtseins im Osten ist aber in Zukunft von den allgemeinen Motivations- und Legitimationsproblemen der Politik im Westen nicht zu trennen und muß diese von Anfang an berücksichtigen. Wenn die wirtschaftlichen Erwartungen der Ostdeutschen zwangsläufig noch bei einem großen Teil der Bevölkerung enttäuscht werden müssen, dann muß die Demokratie im Osten allerdings auf zusätzliche Fundamente gestellt werden. Die Stärkung der demokratischen Institutionen und Instrumente bedeutet vor allem, ihre Verankerung in der Gesellschaft zu fördern. Dies ist meines Erachtens eine gleichrangige Zukunftsinvestitionsaufgabe wie die ökonomischen des „Aufbaus Ost“.

Politische Bildung, die in das Befähigen und Vernetzen von bisher eher isolierten Akteuren investiert, gehört in einer Gesellschaft, deren mitgebrachte Strukturen weitgehend aufgelöst sind, zu einer solchen Zukunftsinvestition. Es handelt sich dabei im Osten – wie bei der Erhaltung der kulturellen Infrastruktur und Substanz – um die Aufgabe des Gegensteuerns gegen Abwanderung intellektueller und kultureller Ressourcen aus der Gesellschaft. Denn nur durch direkte und dauer-

12 Vgl. Hans Martin Lohmann (Hrsg.), *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt/M. 1994.

13 Vgl. die von SINUS beschriebenen Lebensstil-Milieus für Ostdeutschland in: Ulrich Becker/Horst Becker/Walter

Ruhland, *Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl in Ost und West nach der Wiedervereinigung*, Düsseldorf 1992.



hafte Kommunikationsverhältnisse zwischen Politik und den verschiedenen Segmenten der Gesellschaft, durch das Zusammenwirken von Institutionen mit den Artikulatoren und Organisatoren gesellschaftlicher Interessen kann die Entfremdung zwischen Politik und Gesellschaft wirkungsvoll bekämpft werden. Die Ressourcen für die politische Ausgestaltung des durch die Verfassung garantierten demokratischen Systems müssen in der ostdeutschen Gesellschaft selbst freigesetzt bzw. entfaltet werden. Entscheidend ist, daß die demokratischen Träger der politischen Willensbildung die Einstellungen und Zugänge Ostdeutscher zur Politik organisationspolitisch so fördern, daß ohne vordergründige Einvernahme einerseits – aber auch ohne Berührungängste andererseits – die gesellschaftliche Basis für Politik erweitert wird.

---

#### IV. Politische Bildung als Kommunikationssphäre zwischen Politik und Bürger

---

Die Ursachen des ostdeutschen Demokratieverdrusses resultieren zumeist aus zwei einander durchaus widersprechenden Fehlerwartungen:

1. Demokratisch ist, was meine Interessen verwirklicht.
2. Demokratisch ist, was gerecht ist.

Der moderne demokratische Verfassungsstaat basiert jedoch auf der Idee, daß es keine dem Staat vorgegebene *Volonté générale* gibt. Was Gemeinwille, was Gemeinwohl ist, läßt sich nicht a priori definieren. Es muß im Streit unterschiedlicher Interessen immer neu gefunden werden. Das Verlangen nach Interessenverwirklichung in Verbindung mit Demokratie geht irrtümlich von einem der Demokratie innewohnenden egalitären Prinzip aus, das Interessenbefriedigung und zugleich Gerechtigkeit garantiert. Hier liegen Ursachen von Enttäuschungen über das neue System, seine Vertreter und Institutionen. Die Aufhebung dieser Enttäuschung gelingt aber immer dann, wenn der Prozeß, in dem durchaus beide Vorstellungen wirksam sind, durchschaubar wird. Entscheidend ist also nicht nur die Erhöhung der Transparenz politischer Prozesse, sondern die Einübung in demokratische Entscheidungen, die möglichst praktische Beteiligung im Verfahren des Interessenausgleichs.

Der Hinwendung des Interesses zur politischen Praxis stehen allerdings von seiten der Politik selbst Hindernisse entgegen. Zum einen gibt es die verbreitete Neigung von Parteien und Großverbänden, den Bereich des Konsenses, so es dem eigenen Nutzen dient, auszudehnen, den Bereich des notwendigerweise Umstrittenen einzugrenzen. So werden Entscheidungsfindungen und Güterabwägungen verdeckt. Ersatzweise wird dann nach außen statt des Streites um die Sache nur noch der Streit um den Umgang mit der Sache inszeniert (siehe Asylkompromiß/Pflegeversicherung/Bundeswehreinsetze).

Das Übergewicht formeller Verfahren im politischen Prozeß läßt die Frage nach partizipativen und kommunikativen Elementen auf der Ebene der Vermittlung und Begründung von Politik akut werden. Der Aufbau einer demokratischen Streitkultur erfordert die Offenheit des Zugangs zum Interessenvermittlungs- und Willensbildungssystem, die Rückbindung der Beteiligten an die sie legitimierende Basis und die politische Öffentlichkeit als politische Kontrollinstanz.

Die wachsende Kommunikationsabhängigkeit demokratischer Politik berührt ein zweites Problem: Die Fundamentalnorm demokratischer Politik ist ihre öffentlich einzulösende Begründungspflicht. Öffentlichkeit ist ein konstituierendes Element der demokratischen Staatsordnung. Ihre Bedeutung wächst in dem Maße, wie sich die traditionellen und politischen Milieus auflösen und soziale Gruppenbezüge für die politische Meinungsbildung und Orientierung ausfallen. Demokratie wird somit immer kommunikationsabhängiger wegen der wachsenden Kluft zwischen der Ebene der Entscheidung und der Ebene der öffentlichen Begründung. Denn Politik ist nicht nur ein *Entscheidungsfeld*, sondern zugleich auch *Kommunikationsprozeß*.

Der von den modernen Medien organisierte Kommunikationsprozeß verdrängt jedoch politische Problemkomplexität zugunsten demonstrativer Publizität. Demonstrative Publizität bedeutet, daß politische Stäbe Timing und Themen der Öffentlichkeitsarbeit koordinieren, so daß immer mehr Kunstprodukte von Politik auf dem Markt erscheinen. Man spricht deshalb von einer neuen *Oberflächenstruktur* von Politik: Sprachregelungen und wenige ausgewählte Themen und Formeln sind die reduzierte Kost für die Allgemeinheit. Streitwürdige Themen und differenzierte Problemlösungsdiskussionen werden mehr und mehr vermieden.

Eine Konsequenz daraus und eine Aufgabe für die politische Praxis wie für die politische Bildung ist,

das von den Medien produzierte Bild der politischen Wirklichkeit zu entzerren, die verschwiegene Dramaturgie der öffentlichen politischen Inszenierung aufzuhellen. Wie ist das zu leisten? Wer den massenmedial inszenierten Streit durchschauen will, braucht mehr denn je kommunikative Kompetenz, das heißt, die Fähigkeit zur Rekonstruktion politischer Wirklichkeit. Politische Bildung ist ein anderes Wort für kommunikative Kompetenz. Sie kann allerdings nur dort erworben und wirksam werden, wo demokratische Politik ihrer Begründungspflicht nachkommt. Der Wettbewerb zwischen Expertenwissen und Alltagswissen ist das Herzstück jedes politischen Lernprozesses, und zwar nach beiden Seiten: Er informiert den Experten über die individuellen Bedürfnisse und den Laien über die Komplexität der Interessen.

Politische Bildung, verstanden als Veranstaltung der Kommunikation von Politik – also der Vermittlung und auch Beratung von Politik –, hat nach meiner Meinung eine wachsende Bedeutung für das Funktionieren einer demokratischen politischen Kultur. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist allerdings ein völlig neues Verständnis von politischer Bildung notwendig: Nicht mehr allein das Seminar oder die Akademie sind die Orte und Formen von Politikvermittlung und -beratung, sondern das Forum, das Gespräch und die Diskussion. Beteiligungsquoten und Interesse für die klassischen politischen Bildungsveranstaltungen sprechen eine klare Sprache. Belehrung ist nur noch selten gefragt, parteiliche Wahlveranstaltungen leiden an gähnender Leere. Authentische politische Begegnung und Auseinandersetzung, dialogische Veranstaltungen sind, wenn das Thema die Interessen trifft, attraktiv. Die Medien haben es längst verstanden, die Formen der Politikvermittlung dem Bedürfnis nach mehr Authentizität, Direktheit und Mitsprache anzupassen.

Die Frage, die in Ostdeutschland besonders schwer zu beantworten ist, ist die Frage nach den Akteuren und Strukturen für einen solchen Kommunikationsprozeß. Wer sind politische Kommunikationsträger, wenn die Parteien dafür nicht ausreichen, Bürgerinitiativen zu dünn gesät und fast alle traditionellen Strukturen von Geselligkeit

und gesellschaftlicher Aktivitäten weggebrochen sind?

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung versucht seit einiger Zeit mit wechselndem Erfolg, in den Regionen Partner für die Installierung und gelegentlich auch einmal Inszenierung politischer Foren zu finden und sie durch finanzielle Förderung zu möglichst kontinuierlichen Anbietern von Politik aufzubauen. Solche Partner können sein:

1. Gemeinnützige und möglichst breit angelegte Vereine und Clubs. Die lokale Bindung verschafft Nähe zum Bürger, die sie den Medien voraushaben. Sie sind Podium, Forum, Gesprächskreis vor Ort. Die Menschen sind einander vertraut. Sie geben die Tagesordnung vor. Sie haben im Träger ihren eigenen Moderator.

2. Sach- oder klientelbezogene Vereine und Initiativen. Ihre thematische oder interessen geleitete Kompetenz macht sie selbst zu Akteuren im politischen Willensbildungsprozeß. Deshalb können sie von Politikern, insbesondere auch von lokalen, nur bei Strafe ihres Untergangs vernachlässigt werden. Sie schaffen im Stil der öffentlichen Auseinandersetzung die Foren, in denen Politikvermittlung und Politikberatung eins werden.

Die Demokratie braucht die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Diese Kompetenz nützt aber wenig, wenn es für sie keine Orte und Möglichkeiten gibt, sich zu bilden und zu artikulieren. Erforderlich ist ein pluralistisches und offenes Angebot von Orten möglichst verbindlicher politischer Kommunikation. Deren Anbieter sind für uns die Träger politischer Bildung im weitesten Sinne. Die Investition des Staates in eine solche Infrastruktur freier, pluralistisch agierender, auf das Engagement von Menschen gestützter Bildungsträger – besser hießen sie jedoch Öffentlichkeitsträger – ist eine Investition in eine demokratische Zukunft. Investitionen in politische Bildung, verstanden als Veranstaltungen praktischer und direkter Demokratie, stehen anderen – zumal wirtschaftlichen – Investitionen in ihrer Bedeutung nicht nach. Solche Entstehungskosten sind langfristig immer eine gute Anlage, wenn damit die Folgekosten von Politik in Grenzen gehalten werden können.

# Politische Erwachsenenbildung als Ort öffentlicher Verständigung

## Argumente für ein erweitertes Selbstverständnis

---

### I. Einleitung

---

Als halbwegs professionalisierte Sparte bedarf die politische Erwachsenenbildung der eigenen Reflexion über ihre Voraussetzungen, Arbeitsweisen und Wirkungen. Zumeist äußert sich diese Notwendigkeit der kritischen Weiterentwicklung im Wechsel thematischer Schwerpunkte: Vorgestern war es der Systemkonflikt zwischen Demokratie und Totalitarismus, gestern waren es die Dritte Welt und die neuen Informationstechnologien, heute sind es eher Europa und der Rechtsextremismus. Auf diese Weise findet sicher auch Entwicklung statt, aber darf diese sich so auf einen alle anderen Dimensionen überdeckenden thematischen Bezug beschränken? Ob dieser sich als Didaktik eines Fachs versteht oder aber als Bindung an ein politisches oder soziales Projekt: Beide Zugänge entsprechen der vorfindlichen Realität, wenn sie auch schon lange der Kritik ausgesetzt sind.

Daneben haben sich aber auch offenere Profile erwachsenpädagogischer Praxis ausgebildet – vielleicht nicht so fundamental neu, wie es in manchen abgrenzenden Darstellungen erscheint, aber von solchen Suchbewegungen und Nuancen aus ist eine vorsichtige empirische Gewißheit für Vorschläge eines erweiterten Selbstverständnisses politischer Erwachsenenbildung zu beziehen.

Zunächst sei ein Ausflug in die Institutionalisierungsgeschichte politischer Erwachsenenbildung und deren bisherige Selbstbilder gestattet. Wir fragen dann nach den Trends der soziologischen, politischen und pädagogischen Diskussionen, die unseres Erachtens politische Erwachsenenbildung in eine geänderte Situation drängen.

Es ist nicht zuletzt der immer noch unabgeschlossene Institutionalisierungsprozeß der Erwachsenenbildung und damit der politischen Bildung, der diese immer wieder in bedenkliche Abhängigkeit

zur Politik bringt – der Umstand, daß der Ausbau der Erwachsenenbildung zur vierten Säule des Bildungssystems in manchen Bundesländern kaum nennenswert in Angriff genommen worden ist. Aber auch dort, wo eine entwickelte Vielfalt anerkannter Bildungseinrichtungen und eine gesetzlich gesicherte Finanzierung vorzufinden sind, bleibt der Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozeß prekär insofern, als durch wechselnde Sonderprogramme und hektische Eingriffe in die Finanzierungsgrundlagen Planungssicherheit als Voraussetzung eines unabhängigen Selbstbewußtseins nicht aufkommt. Die Institutionen – auch die öffentlichen Träger – sind permanent zum Lobbyismus gezwungen, und das heißt auch: zur Notlüge angeblich greifbarer Wirkungen.

Umgekehrt haben die wichtigen politischen Parteien die politische Bildung gern zu ihrem Vorhof erklärt, in dem es aus ihrer Sicht um die Sicherung programmatischer Hegemonie und personeller Ressourcen (sprich: den Nachwuchs) sowie die Überzeugung der Wähler geht. Zwar war die Etablierung der Parteiendemokratie nach 1945 angesichts der in der Zwischenkriegszeit verbreiteten Verachtung der Parteien ein wichtiges Moment gelingender Demokratie, was möglicherweise auch zu einer an jene stark angelehnten politischen Bildung führte; zu fragen bleibt aber, inwiefern diese Nähe noch zu legitimieren ist und ob sie nicht Wichtigerem im Wege steht. Nur wenige Institutionen konnten sich aus diesem Sog lösen – am ehesten vielleicht noch die großen Akademien.

Darüber hinaus wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen politischer Bildung vielfach als formbares „Material“ begriffen, das zur Hinnahme von Politik zu bewegen sei, und weniger als politische Subjekte, die ihre Meinung und Haltung überprüfen, ergänzen, eventuell auch ändern. Unterschiedliche Akzentuierungen zwischen 1945 und heute seien nicht geleugnet; die Zeit zwischen der Protestbewegung

1968 und den achtziger Jahren kann als eine der nachholenden Demokratisierung und Öffnung angesehen werden.

Weiterhin aber wurde ein gewisser Paternalismus in der politischen Erwachsenenbildung ausgeübt – in den siebziger und den folgenden Jahren aus einer politischen und sozialwissenschaftlichen Überdetermination heraus: Das richtige Wissen schien vorgängig durch seine wissenschaftliche Dignität oder aus der Unabweisbarkeit des Geschichtsprozesses heraus gesichert. Natürlich sollen Rationalitätsgewinne und Modernisierungszuwächse in der politischen Bildung durch die wissenschaftlichen Konzepte dieser Phase nicht abgestritten werden, aber in der Selbstsicherheit, mit der sich politische Bildung auf ein fachliches Zentrum bezog, lag ein gerüttelt Maß naiver Wissenschaftsgläubigkeit<sup>1</sup>.

Was „Bildung“ in diesem Kontext sein könnte – die pädagogische Seite solcher Prozesse – geriet zur Marginalie. Ganz unbemerkt blieb dieses Defizit jedoch nicht; so beklagte etwa Wolfgang Sander kürzlich: „In den Fachdiskussionen zur politischen Erwachsenenbildung wird kaum auf den Stand der politikdidaktischen Theorieentwicklung Bezug genommen“<sup>2</sup>, womit er allerdings die Politikdidaktik für die Sekundarstufen meint. Diese Entfremdung wäre u.E. zu verschmerzen, aber die Klage akzentuiert unterschiedliche Adressaten, Voraussetzungen, Problemlagen und Ambitionen. Eine sich kulturellen und psychosozialen Dimensionen öffnende politische Bildung wird mitunter beschuldigt<sup>3</sup>, den Boden der Aufklärung zu verlassen und wissenschaftlich-methodische Standards aufzugeben; dabei wäre aber zunächst zu fragen, inwieweit für die Schule entwickelte Professionsverständnisse überhaupt im Feld des Erwachsenenlernens Anwendung finden können. Wir meinen, daß dieses pädagogische Feld eher in Relation zu anderen medialen, kulturellen Angeboten zu untersuchen wäre: Seminare der politischen Bildung konkurrieren mit historischen Museen, soziokulturellen

Zentren, Reisen, aber auch mit den klassischen und neueren Medien.

In Abgrenzung zu den skizzierten Mißverständnissen, Überschätzungen, Instrumentalisierungen schlagen wir vor, politische Erwachsenenbildung als eine Variante demokratischer Öffentlichkeit zu begreifen, die zwischen absoluter Privatheit und politischer Verfassung spezifische kommunikative Aufgaben erfüllen kann und soll: Aufgaben, die etwas mit den modernen Individuen abverlangten Reflexionsleistungen, mit gesellschaftlicher Integration unter pluralistischen Vorzeichen, den Notwendigkeiten heutiger Demokratien und den immanenten Entwicklungstendenzen einer Erwachsenenbildung auf der Höhe der Zeit zu tun haben. Es ginge somit um einen von den politischen Entscheidungszwängen im engeren Sinne befreiten Diskurs über die gemeinsame Gestaltung der Zukunft und die Erinnerung der Vergangenheit. Wie wir zu dieser Bestimmung gelangen, sei im folgenden aus drei fachwissenschaftlichen Perspektiven eingekreist.

---

## II. Soziologische Diagnosen

---

In der Geschichte und dem Selbstverständnis der politischen Erwachsenenbildung ist ihre Nähe zu politischen und gesellschaftlichen Großorganisationen und Milieus unübersehbar. Das gilt natürlich in ganz besonderem Maße für die Arbeiterbildung, die ohne Gewerkschaften, Kirchen und Arbeiterparteien nicht denkbar war und sich an dieses organisatorische Gefüge eng anschmiegte. Parteien und ihr „Vorfeld“ waren zwar meist moderne bürokratische Organisationen, ihr Lebenselixier bezogen sie aber aus den Lebenswelten, den sozialen und moralischen Imperativen der Milieus und Klassen. Die Herkunft dieser den Alltag prägenden Vorstellungen des guten und richtigen Lebens war aber oft religiös oder quasireligiös beeinflusst, jedenfalls Vorbewußt. Auch die politische Erwachsenenbildung hat in der Vergangenheit von hier aus immer wieder wie selbstverständlich Zugang zu ihren Zielgruppen, aber auch Orientierungen und Formen der Darstellung und Vermittlung gewonnen.

Die relativ schlichten Modelle der soziologischen Analysen der Sozialstruktur, das Zweiklassen- und Dreischichtenmodell, werden nun schon seit einiger Zeit von differenzierteren Vorstellungen des sozialen Raums abgelöst. In diesen mehrdimensionalen

1 Ein mechanistisches Verständnis, nach dem die politischen Bildnerinnen und Bildner das notwendige Wissen irgendwo „abrufen“, spielt auch derzeit noch eine Rolle; zu den Grunddilemmata sozialwissenschaftlich informierter Bildungstheorie vgl. Bernd Dewe, Grundlagen nachschulischer Pädagogik, Bad Heilbrunn 1994, S. 26 ff.

2 Wolfgang Sander, Politik-Lernen in der Demokratie, Zur Theoriegeschichte der politischen Bildung nach 1945, in: Thomas Meyer/Friedrich-Ebert-Stiftung/Akademie der politischen Bildung (Hrsg.), Jahrbuch 1993. Zur Lage der politischen Bildung, Bonn 1993, S. 15.

3 Bereits seit Mitte der achtziger Jahre u. a. durch die Politikdidaktiker Hermann Giesecke, Walter Gagel, Bernhard Claußen, für den Bereich der Erwachsenenbildung vor allem durch Klaus Peter Hufer.

nalen Konstruktionen sozialer Ungleichheit werden für die Positionen der Individuen im sozialen Raum nicht nur Beruf und Einkommen, sondern auch Bildungsstand, kulturelle Alltagspraktiken, soziale Beziehungen und Werthaltungen berücksichtigt<sup>4</sup>. Das Ergebnis ist die Feststellung einer Vervielfältigung und Pluralisierung von sozialen Klassen, Milieus, Szenen, Lebensstilen und Mentalitätstypen als Folge wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Modernisierungsprozesse. So beschreiben Vester u. a. im Ergebnis ihrer Studie neun unterschiedliche lebensweltliche Sozialmilieus, die im mehrdimensionalen Raum der Macht und Ungleichheit in klassischer Weise oben, in der Mitte oder unten zu finden sein können, die aber auch nach kulturellen Praktiken als modernisiert oder traditionell eingestuft werden. Dabei handelt es sich zwar um unterschiedliche Merkmalsgruppen: Die traditionellen Milieus weisen noch Züge der alten Klassen auf, während moderne Milieus in ihrer Binnenkonstruktion weniger hermetisch, flüchtiger sind, zum Teil auch nur generationenspezifische Züge aufweisen. Entscheidend für uns ist aber, daß die traditionellen Milieus abnehmen und die modernisierten wachsen<sup>5</sup>.

Vor allem die modernisierten Milieus sind diejenigen, in denen wir die Erscheinungen von Individualisierung und Pluralisierung finden. Während in den traditionell geprägten Lebenswelten die Übernahme von Rollen, Wertvorstellungen und ästhetischer Praxis eher schematisch, teilweise unbewußt oder sogar zwangsläufig erfolgt, gibt es in den neuen Milieus und Lebensstilgruppen verstärkt das Problem der Möglichkeit, ja des Zwanges der Wahl zwischen mehreren Alternativen des Genusses, der kulturellen Selbstverortung und vor allem der Lebenslaufplanung. Identitätsentwicklung muß stärker als bisher im Kontext

4 Zur Andeutung der Beweislage seien aus der Fülle einschlägiger Literatur hier nur genannt: Michael Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993; Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. – New York 1992; Sighard Neckel, Die Macht der Unterscheidung. Beutezüge durch den modernen Alltag, Frankfurt/M. 1993; Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon, Frankfurt/M. 1985. Auf methodische Fragen sowie einen Vergleich der Einzelbefunde in der mittlerweile reichen soziologischen Diskussion können wir hier nicht eingehen. Aus der Sicht der politischen Erwachsenenbildung hat ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung solche Fragestellungen aufgenommen. Vgl. Berthold Bodo Flaig/Thomas Meyer/Jörg Ueltzhöffer, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993.

5 Vgl. M. Vester u. a. (Anm. 4), S. 16.

sozialer Beziehungen und Konkurrenzen, in Abgrenzung zu alten und neuen Vergemeinschaftungsformen reflektiert und gelebt werden. Der Zwang zur Entscheidung ist nach wie vor auch einer zur Unterscheidung, aber gleichzeitig eröffnen sich neue Optionen und Freiheiten. Wie ambivalent dieser Prozeß auch sein mag, wie man ihn im Lichte einer normativen Modernisierungstheorie bewerten mag – es kommt zu einer Radikalisierung der Bedeutung von Subjektivität.

Wir legen Wert auf die Überlegung, daß dieser Individualisierungsprozeß nicht kulturkritisch als Vereinzelungs- und Entwurzelungsprozeß verstanden wird, ebensowenig wie zu übersehen ist, daß kulturelle und soziale Öffnungsprozesse gleichzeitig auch Schließungen im sozialen Raum hervorrufen. Soziale Lagen und kulturelle Selbstentwürfe sind nicht in jeder Hinsicht beliebig wählbar, trotzdem vermuten wir in den neuen sozialen Vergemeinschaftungen und kulturellen Praktiken ein Rationalitätspotential, das für die künftige politische Bildung von immenser Bedeutung ist. Denn mit der Macht der Unterscheidung, dem Zwang zur Wahl, der tendenziellen Flüchtigkeit kultureller Selbstdefinitionen wächst die Notwendigkeit der permanenten individuellen, aber auch öffentlichen Selbstrechtfertigung.

Es ist gewiß kein Zufall, daß – wenn angesichts des säkularen Enttraditionalisierungstrends die Debatten um Werte und Tugenden, um Verantwortung und solidarische Gemeinschaft eher zunehmen<sup>6</sup> – sich in diesen Verantwortungsdiskursen plötzlich die Vertreter ganz unterschiedlicher alter und neuer Lager zusammenfinden<sup>7</sup>. Entgegen skeptischen Zeitdiagnosen sehen wir in diesen Debatten einen Fort- und keinen Rückschritt. Was früher manch einem – selbstverständlich nicht allen – durch die Zugehörigkeit zu einer Klasse, einem politischen Lager oder einem religiösen Bekenntnis vorgängig gesichert und nur noch der machtgesteuerten Durchsetzung bedürftig schien, bedarf nun aufwendiger Begründung, Erörterung und Kooperation.

Wo können die Menschen das einüben? Innerhalb des erwachsenenpädagogischen Mehrspartenwesens hat die frühere Leitdisziplin der politischen Bildung an Aura und Resonanz stark verloren. Und das ist angesichts des rapide wachsenden

6 Nur als – ganz allgemeine – Beispiele seien auf politischer Ebene die Wertediskussion und auf sozialphilosophischer die Kommunitarismusdebatte genannt.

7 Das wird z. B. deutlich bei der Haltung zu Asyl- und Einwanderungsfragen.

Interesses an beruflicher Qualifikation oder an kultureller, gesundheitlicher und psychosozialer Bildung mehr als eine vorübergehende Durststrecke; die konkurrierenden Bereiche versprechen, das Politische, das Basteln an biographischer Konstruktion und kulturellem Kapital en passant mitzuerledigen.

---

### III. Demokratietheoretische Argumente

---

Die Epochenwende 1989 hat auch zur Konjunktur neuer und alter politiktheoretischer Konzepte beigetragen. Neben der Wiederentdeckung der Totalitarismustheorie Hannah Arendts gehört dazu vor allem die durch ost- und mitteleuropäische Intellektuelle vorbereitete Diskussion um die „zivile Gesellschaft“. Wie andere theoretische Stichworte (z. B. „Pluralismus“) zwischen analytischen und normativen Aspekten changierend, lenkt es die Aufmerksamkeit auf gesellschaftlich-kulturelle Ressourcen, auf Chancen der Verständigung, Meinungsbildung und Organisation, in denen der Ausgang dieser Prozesse weder politisch noch ideologisch vorherbestimmt ist; es bedarf eines Klärungsprozesses zwischen der Vielzahl auseinanderstrebender Haltungen und Diskurse einerseits und der verfaßten Politik andererseits<sup>8</sup>.

Solche Räume, die für das Funktionieren aufgeklärter Demokratien unentbehrlich sind, kommen kaum vor in den Gebäuden der orthodoxen, auf Regierungsbildung und „decision-making“ orientierten Politikwissenschaft, und ebensowenig in den zukunftsgewissen sozialistischen Strategien, die allenfalls „Transmissionsriemen“ zwischen den Kommandohöhen der Politik und der Gesellschaft kannten – von Stalinisten an der Macht einmal ganz zu schweigen: Die Zerstörung autonomer gesellschaftlicher Räume gehört zu den frühesten Erfahrungen totalitärer Herrschaft, wie sowohl die Totalitarismustheorie als auch die antitotalitäre Prosa eines Jewgenij Samjatin oder George Orwell festgehalten haben.

Besonders die Kommunikationsrechte (Meinungs- und Pressefreiheit, Koalitions-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht) lenken den Blick auf

diese Essenz moderner demokratischer Verfassungen; nicht um Zutaten guter Herrschaft geht es dabei, auch nicht um Reservate „des Geistes“ gegen die Macht, sondern um konstituierende Elemente des Politischen! Faktisch hat die Bundesrepublik Deutschland – was erst allmählich bewußt wird – einen ungeheuren Aufholprozeß vollzogen von der „autoritären Ermächtigungsdemokratie“ der fünfziger Jahre hin zu einer Verfassung, in der soziale Akteure, Vereine und Initiativen, Kirchen und Gewerkschaften, Medien und Demonstranten entscheidende Beiträge zur politischen Willensbildung leisten. Die außerparlamentarische Opposition der sechziger Jahre, aber auch die „neuen sozialen Bewegungen“ der siebziger und achtziger Jahre haben mit ihrer zum Teil überzeugenden, zum Teil überzogenen Kritik an der Selektivität des repräsentativen Politikmodells solche Entwicklungen beschleunigt, die aber ebenso aus der Hilflosigkeit politischer Klassen und gesamtgesellschaftlichem Wertewandel erwachsen.

Die genannten Aufbrüche wurden nicht nur von sozialistischen oder anarchistischen, sondern auch von liberalen Utopien angestoßen: Neben den klassischen Abwehrrechten gegen staatliche Übergriffe haben immer Fragen der Öffentlichkeit und der Medien, der Wahrheit öffentlicher Rede und der wissenschaftlichen Begründung von politischen Entscheidungen eine wichtige Rolle bei der Kritik von Oppositionen gespielt. Die Ambivalenzen und Kinderkrankheiten dieser „sozialen Bewegungen“ sollen nicht hinwegidealisiert werden: Schwarz-Weiß-Denken, Alarmismus, Anti-Institutionalismus usw. Ihre Bedeutung liegt aber in der von ihnen ausgelösten Rehabilitation des „Gesellschaftlichen“, einer eigenständigen Sphäre zwischen Staat und Privatheit. Nicht mehr „Unregierbarkeit“ und „Wir lassen uns von der Straße nicht erpressen!“ sind heute dominante Reaktionen auf Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern, sondern ein mehr oder minder ausgeprägtes, ernsthaftes oder auch nur taktisches Hinhören der Politik. Die Erfahrung der ostdeutschen Revolution und ihrer Wortführer hat zu Vorschlägen geführt, solcher Öffnung des politischen Prozesses auch verfassungsrechtlich Rechnung zu tragen; z. B. wurden im Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR gesellschaftlichen Vereinigungen konkrete Rechte des Gehörs, der Intervention und der öffentlichen Förderung zugestanden.

Nicht um dichotomisch gedachte „Gegenöffentlichkeit“ geht es hier, sondern um den Ernstfall des Pluralismus in Gestalt nicht vermachteter

---

<sup>8</sup> Zum Kontext und zur Einführung vgl. Ulrich Rödel (Hrsg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/M. 1990.

Assoziationen. „Solche Assoziationen sind auf die Erzeugung und Verbreitung praktischer Überzeugungen, also darauf spezialisiert, Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz zu entdecken, Beiträge zu möglichen Problemlösungen beizusteuern, Werte zu interpretieren, gute Gründe zu produzieren, andere zu entwerfen. Sie können nur auf indirekte Weise, nämlich dadurch wirksam werden, daß sie über einen breitenwirksamen Einstellungs- und Wertewandel die Parameter der verfaßten Willensbildung verschieben.“<sup>9</sup>

Wenngleich die soeben abgeschlossene Verfassungsreform sich allen Anfechtungen, das Politikmonopol der Parteien zu relativieren, zunächst verschlossen hat, ist der Umschwung nicht zu leugnen: Plebiszitäre und diskursive Ergänzungen des repräsentativen Verfahrens sind keine randständigen oder gefährlichen Ideen mehr, sondern Gemeingut politischer Rede über politische Erneuerungen, beginnende Praxis in Parteien, allmählich sich ausbreitende Chance in Kommunen und Verbänden.

Sowohl die politische Theorie und Publizistik als auch die Debatte um politische Erwachsenenbildung kennen den heftigen Streit um „das Politische“, seine notwendige oder auch gefährliche Entgrenzung. Einerseits ist ein weiter Begriff dessen, was Politik (und damit Gegenstand politischer Bildung) sei, selbstverständlich geworden; niemand kann und will trotz mancher „Deregulierungs“-Debatte die Ausweitung öffentlicher Angelegenheiten prinzipiell zurücknehmen – familiäre und andere Lebensgemeinschaften sowie der staatliche Umgang damit stehen zur Diskussion, private Lebensführung (Rauchen, Sport) gerät im Kontext der Sozialversicherung zum Politikum, der Arbeitsvertrag und die „private“ Investitionsentscheidung sind seit Beginn des Jahrhunderts Gegenstand politischer Beeinflussung, mit neuen Problemen, Werthorizonten und Grundrechtsinterpretationen geraten Technikfolgen, Verkehrsverhalten, Gewalt in der Familie ins Visier hilfloser, aber anspruchsvoller Politik<sup>10</sup>. Eine politische Bildung, die aus dem Gehege enger politologischer Fachgrenzen ausbricht, folgt also lediglich dem Auswandern der Politik aus streng umzäunten Ressorts.

9 Jürgen Habermas, Volkssouveränität als Verfahren, in: Merkur, 43 (1989) 6, S. 474.

10 Vgl. Karl Rohe, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart u. a. 1994<sup>2</sup>, bes. S. 135 ff.

Andererseits aber geht in den Zunftdiskussionen der politischen Erwachsenenbildung unabhängig von diesen Voraussetzungen das Gespenst der „neuen Subjektivität“ um: die Befürchtung nämlich, ein weiter Begriff des Politischen könne zur Ablenkung vom „wirklich“ Politischen und zur „Bauchnabelzentriertheit“ führen. Demgegenüber halten wir an der Notwendigkeit fest, „Entgrenzungsprozesse mit(zu)vollziehen, ohne selbst grenzenlos zu werden“ (Jürgen Heinen-Tenrich), d. h. auf einem weiten Blick zu bestehen und an normativen Stützpfählern der Verständigung festzuhalten: sprachliche Auseinandersetzung über Kontroverses, Reflexion des Alltags und der Lernkommunikation, Aneignung und Kritik von Sachinformationen unter Berücksichtigung der Dimensionen von Macht und Herrschaft<sup>11</sup>.

„Demokratien ruhen letztlich darin, daß unter ihren Bürgern eine ‚horizontale Solidarität‘ sich bildet; gegen die zahlreichen vertikalen Solidaritäten, die Abhängigkeits-, die Patronageverhältnisse, in die die Bürger zugunsten von Machthabern und Herrschenden immer wieder eingefangen werden.“<sup>12</sup> In Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung können sich solche Bürgerinnen und Bürger versammeln, die die totale Delegation des Politischen an die Politiker aufheben oder relativieren wollen; sie können sich sachkundig machen unter Einbeziehung von Expertenwissen und lebensweltlichen Kompetenzen; sie können sich begründete Meinungen bilden und – so sie eine aktive Rolle wünschen – Strategien der Einflußnahme erörtern und planen. Die Kränkung der Erwachsenenbildner darüber, daß derartige Werkstätten in so bescheidenem Umfang Akzeptanz finden, sollte nunmehr der Analyse von Hindernissen weichen: Wird diese Chance tatsächlich geboten, oder gibt es zuviel „Politiker-Politik“ in den Programmen? Welche Arbeitsformen entsprechen solchen Zielen? Werden in der Selbstdarstellung diese Möglichkeiten ausreichend akzentuiert?

Die etwa 20 Prozent der Bevölkerung, die die Bildungsstatistik als Teilnehmerinnen und Teilnehmer an „allgemeiner“ und „politischer“ Weiterbildung ausweist, würden ihre Intentionen sicherlich

11 Vgl. Jürgen Heinen-Tenrich, Neue Orientierungen in der politischen Erwachsenenbildung, unveröffentlichtes Mskr., 1992, sowie Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW (Hrsg.), Selbstverständnis der politischen Erwachsenenbildung. Positionen und Kontroversen, Soest 1991.

12 Christian Meier, Am Ende der alten Bundesrepublik, in: Merkur, 48 (1994) 7, S. 570.

nicht allesamt mit Jürgen Habermas als „Belagerung“ der politischen Willensbildung verstehen, aber die Lebensprobleme, die sie in die Veranstaltungen treiben, im politischen Feld zur Sprache zu bringen könnte zu einem neuen Motivationsschub in Sachen Weiterbildung und politische Beteiligung beitragen. Inszenierte offene politische Räume in Volkshochschulen, Akademien und anderen Bildungseinrichtungen können sicherlich nicht die ganze Last der Verantwortung für das gesellschaftliche Kommunikationsgeflecht tragen, aber sie können stimulieren, stabilisieren, qualifizieren und verstärken, was einzelne Personen und bürgerschaftliche Gruppen zu reflektieren und zu tun für wichtig halten. Ihre Stärke gegenüber anderen Öffentlichkeiten ist ihre geringe Machtnähe und Vermachtung, der Umstand, daß Asymmetrien hier viel eher aufhebbar sind als etwa in Massenmedien, wissenschaftlichen Diskursen, juristischen Verhandlungen. Parteinahme, Entscheidungen, Handlungsbezug sind Möglichkeiten, aber keine Erfordernisse des Lernprozesses, und die zeitweilige Entlastung von Entscheidungszwängen des Alltags und der Politik bietet die Möglichkeit einer sonst ungekannten inhaltlichen Radikalität, d. h. „Grundsätzlichkeit“<sup>13</sup>.

---

#### IV. Pädagogische Fragen und Versuche

---

Die politische Erwachsenenbildung hat sich zweifelsohne immer schwer damit getan, der *pädagogischen* Seite ihres Tuns eine angemessene Aufmerksamkeit entgegenzubringen, die Eigenlogik des Pädagogischen zu respektieren. Zu wenig ist aber auch die pädagogische Profession insgesamt vergangenen und heutigen Zumutungen entgegengetreten, sie möge Köpfe und Herzen der Menschen besetzen und „der neuen Zeit“ zum Durchbruch verhelfen. Bereitwillig ließen sich Pädagogen zu Hilfswissenschaftlern oder Anwendungsfachleuten degradieren – übrigens quer durch alle Lager und zu allen Zeiten. Unsere begründete Hoffnung für die künftige Entwicklung lautet, daß die politischen Unbestimmtheiten, die kulturellen Pluralisierungen und partiellen sozialen Öffnungen die Erwachsenenpädagogik von vergangener Überdetermination befreien und den

pädagogischen Kern der Erwachsenenbildung freilegen helfen.

Didaktik wurde in der Vergangenheit vornehmlich als eine Theorie der Auswahl von Inhalten und von Techniken des Lehrens und Lernens betrieben – mit der Folge einer „naturwüchsigen“ Dominanz der Lehrenden, ihres Faches und der Institution. Neuere empirische Untersuchungen betonen nun stärker die Inkongruenz des Lehrens und des Lernens in der Erwachsenenbildung und die ‚eigensinnigen‘ Dimensionen der Aneignung und Verwendung von Lehr-Lern-Situationen und Wissen<sup>14</sup>. Zur erwachsenenpädagogischen Professionalität gehört auch die Anerkennung der unterschiedlichen Handlungslogiken Lehrender und Lernender sowie die Kenntnis der Differenz zwischen Wissenschaftswissen, pädagogischem Handlungswissen und lebensweltlichen Wissensbeständen wie Deutungsmustern<sup>15</sup>.

Damit werden die Eigengesetzlichkeit des pädagogischen Feldes und die Perspektiven der teilnehmenden Subjekte stärker als bisher ins Zentrum des Interesses gerückt. Wiederbelebt wird die Grundeinsicht pädagogischer Theorietraditionen, daß über den Teilnehmer nicht verfügt werden kann, daß er ein gleichberechtigtes und selbsttätiges Subjekt im intersubjektiven Prozeß der Aneignung von Wissen, Erfahrungen und Einstellungen darstellt, daß pädagogische Tätigkeit immer die Aufforderung zur Selbsttätigkeit beinhaltet. Trotzdem enthält die Erkenntnis, daß pädagogisches Handeln in der politischen Erwachsenenbildung kommunikatives Handeln ist, heute verschärfte Brisanz insofern, als sie sich eben von den vergangenen Situations- und Vermittlungsgewißheiten verlassen wissen muß<sup>16</sup>.

Auch hier werden wir auf die Relevanz der Öffentlichkeit verwiesen: Bildung als Selbstbildung war von Anfang an ohne Dialog und Austausch nicht denkbar. Das private und das öffentliche Gespräch, der Brief, das Buch, die Zeitung, der Salon stellen mehr oder weniger entwickelte Stufen

---

14 Vgl. Jochen Kade, Aneignungsverhältnisse diesseits und jenseits der Erwachsenenbildung, in: Zeitschrift für Pädagogik, 39 (1993) 3, S. 391 ff., und weitere Veröffentlichungen des Autors.

15 Vgl. Bernd Dewe/Wilfried Ferchhoff/Frank-Olaf Radtke, Das Professionswissen der Pädagogen, in: dies. (Hrsg.), Erziehen als Profession: Zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern, Opladen 1992.

16 Wir knüpfen hier an die Überlegungen von Michael Winkler an: Erziehung im System der Barbareivermeidung. Unzeitgemäße Bemerkungen zur Krise der Pädagogik in der Postmoderne – Moderne – Postmoderne, Band 1, Weinheim 1992.

---

13 Vgl. Erhard Schlutz, Erwachsenenbildung als öffentliche Verständigung, in: Joachim Knoll (Hrsg.), Internationales Jahrbuch der Erwachsenenbildung, Band 21, Köln u. a. 1993, S. 103.



öffentlicher Selbstverständigung dar<sup>17</sup>. Wir begreifen große Teile der Erwachsenenbildung als eine eigenständige Form der öffentlichen Selbstthematization der Gesellschaft; sie konkurriert dabei mit den Massenmedien, kann aber, wenn man die täglichen Teilnehmerzahlen betrachtet und vergleicht, mit ihrer „Gesamteinschaltquote“ durchaus zufrieden sein.

Die Stärke der Angebote der politischen Erwachsenenbildung läge nun vergleichsweise in ihrer thematischen und methodischen Offenheit und Vielfalt sowie ihrer Teilnehmerzentrierung. Soweit solches in der politischen Bildung nicht möglich war, gab es Abwanderungsbewegungen in benachbarte Fachbereiche, allerdings auch vielfältige Anstrengungen, das Methoden-Repertoire zu erweitern. Auffällig ist auch die Tendenz, mit der Erlebnispädagogik und den reformpädagogischen Ansätzen erfahrungs- und handlungsbezogene Dimensionen der Aneignung wieder zu stärken. Auch das biographische Lernen ist ein Beleg für die gestiegene Bedeutung des Subjekts; hier verschränken sich allgemeine historische Betrachtungen mit den persönlichen Lebensentwürfen<sup>18</sup>. Allerdings müssen sich diese Bemühungen ständig gegen den Verdacht wehren, gegenüber der gesellschaftlichen Realität unkritisch zu werden, die Bedeutung des Wissens unterzubewerten oder gar heimlich noch alten jugendbewegten Idealismen anzuhängen.

Unser Plädoyer für thematische und methodische Öffnungen der politischen Erwachsenenbildung soll aber keine antipädagogischen Ambitionen stärken in dem Sinne, es laufe nun alles wie von selbst. Wir glauben im Gegenteil, daß die professionellen Anforderungen in Zukunft steigen werden, wenn sich künftig die methodischen Reflexionen den Inhaltsdimensionen gegenüber als gleichwertig durchsetzen können<sup>19</sup>. Aus den hier erinnerten Analysen und Axiomen resultiert also keine Lehrverweigerung, die Wissensdisparitäten

17 Vgl. dazu und zu dem folgenden: Friedhelm Brüggem, *Bildsamkeit und Öffentlichkeit. Theoriegeschichtliche Perspektiven zur pädagogischen Deutung eines nicht nur pädagogischen Verhältnisses*, in: Jürgen Oelkers/Helmut Peukert/Jörg Ruhloff (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Erziehung in philosophischer Sicht*, Köln 1989, sowie E. Schlutz (Anm. 13).

18 Siehe hierzu Heidi Behrens-Cobet, „Nutzen und Nachteil“ der biographischen Methode in der politischen Erwachsenenbildung, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral history, 6 (1993) 2, S. 267.

19 Vgl. Sabine Jungk, *Kooperation und Vernetzung. Strukturwandel als Kompetenzanforderung*, in: Friedrich Hagedorn u. a. (Hrsg.), *Anders arbeiten in Bildung und Kultur*, Weinheim-Basel 1994.

nivellieren würde, sondern Vielfalt, Ernsthaftigkeit und ein professioneller „Takt“, der ansonsten unter „schon Erzogenen“, außerhalb pädagogischer Arbeitsfelder, immer selbstverständlicher zu den Grundvoraussetzungen kreativen und kooperativen Tuns gezählt wird.

---

## V. Für eine multiperspektivische Politik und Bildung

---

Was aber ist zu tun, damit die Botschaften der „kleinen Öffentlichkeiten“ – nicht linear, aber spürbar – ankommen in den Sphären der Partei- und Parlamentspolitik? Nicht Träume vom grünen Tisch aus sind hier ausgebreitet, sondern Perspektiven auf eine in Ansätzen erkennbare Praxis – „ein Stück davon, das gibt es schon“ innerhalb und außerhalb der Erwachsenenbildung; und neben der Ausdifferenzierung eines entsprechenden Selbstverständnisses politischer Bildnerinnen und Bildner mangelt es lediglich an Ermutigung, Freiheitsspielräumen und bürokratischer Phantasie, in solchen Spielräumen nicht das Chaos und den Mißbrauch ausbrechen zu sehen. Politische Versammlungsöffentlichkeiten – in Regie von Kommunalverwaltungen, Parteien, Gewerkschaften oder Kirchengemeinden – sind bereits, obwohl vom Nachdenken über Demokratie wenig wahrgenommen, selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens<sup>20</sup>.

Wenn die Träger von Volkshochschulen die Norm der Lehrplanfreiheit etwas ernster nähmen als bisher, wären die Lokalpolitik begleitende Bildungsangebote zur Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, zur lokalen Schulpolitik etc. verbreiteter als bislang. Eine intelligentere, reflexive Planung auf vielen Gebieten mit dem Instrument der Planungszelle, also einer befristeten Mobilisierung von Alltagskompetenzen im öffentlichen Auftrag, wird von Politikwissenschaftlern seit vielen Jahren – relativ vergeblich – vorgeschlagen. Methode und Konzept der Zukunftswerkstatt haben es in vielen Bildungseinrichtungen vermocht, soziale und politische Phantasie zutage zu fördern und in politische Diskurse einzubringen. Mißtrauisch belauert von Arbeitgebern und wenig informierter Presse, gibt es in Bildungsurlaubs-Veranstaltungen endlich ein

20 Vgl. Jürgen Gerhards, *Politische Veranstaltungen in der Bundesrepublik*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44 (1992) 4, S. 766.

Zeitbudget für didaktische Vielfalt und Phantasie; mündige Teilnehmerinnen und Teilnehmer erzwingen die Abkehr vom „Offenbarungs- und Bekehrungslernen“ bereits landauf, landab. Wenn all diese Ansätze ermutigt und ausgebaut würden, ginge es wohl ohne die skizzierte „begrenzte Entgrenzung“ der Lerngegenstände und des Methodenrepertoires nicht ab: Nur durch die Öffnung zur Stadtteil- und Sozialarbeit, zur kulturellen Bildung, zu Kunst, Literatur und zu den Lokalmedien sind die eingefahrenen Gleise folgenloser Information und „Politikvermittlung“ zu verlassen.

Was bedeutet all dies für den politischen Umgang mit politischer Bildung? In erster Linie lehrt ein Verständnis politischer Erwachsenenbildung als Teil demokratischer Öffentlichkeit, daß kontinuierliche Angebote von Diskussionsräumen und -anlässen das Wichtigste sind – weitaus bedeutender als Teilnehmer- und Stundenzahlen. „Kontinuität“ heißt in diesem Zusammenhang auch Langfristigkeit und Langsamkeit, was den Abschied von allen Illusionen über die Wirkung von Bildungsarbeit als „Feuerwehr“ nahelegt. Die Prozesse öffentlicher und halböffentlicher Verständigung, wie sie hier möglich werden, wären in ihrer Ergebnisoffenheit zu akzeptieren; und diejenigen, die über ihre öffentliche Förderung zu befinden haben, müssen endlich lernen, daß diese relative Offenheit (und nicht abgeseignete Lehrpläne) das demokratische Gütesiegel solcher Bildungsprozesse sind.

Ein kritischer Einwand könnte lauten, hier werde wiederum ein recht elitäres Modell der Verständigung und impliziten Demokratisierung vorgeschlagen; für derlei anstrengende und zeintensive Prozesse interessiere sich – außer in Übergangszeiten – erneut nur die meinungsfreudige Mittelschicht, die schon abgelegene Akademien und VHS-Semestereröffnungen am Leben erhalte. Dazu ist zu sagen: Erstens scheint das Bewußtsein eines kritischen Punktes der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in der Bevölkerung stärker und früher entwickelt zu sein als in der politischen Klasse und in Funktionärskreisen – das Minimalprogramm des „Weiter so!“ ist sowohl angesichts der ökologischen Frage als auch angesichts der politischen Brüche nach 1989 in breiten Kreisen stark diskreditiert. Und zweitens sind die Chancen, daß aktive Minderheiten sich vergrößern, in den hier aufgezeigten offenen, fluiden Formen der politischen Bildung deutlich besser als in selbstzufriedenen (oder auch frustrierten, jedenfalls aber milieubornierten) „Gemeindegottes-

diensten“<sup>21</sup>. Zur Professionalität der an solchen Gelegenheiten Arbeitenden gehört es natürlich, neue und alte Mechanismen der Ausschließung aufmerksam zu analysieren und zu beobachten<sup>22</sup>.

Für „die“ Politik in der Bundesrepublik könnte eine Stärkung und eine stärkere Wahrnehmung der Gesprächsmöglichkeiten politischer Bildung eine Befreiung aus manchen Selbstblockaden des politischen Systems mit sich bringen. Wenn die raumschiffartige Abkapselung der politischen Sphäre nicht nur die Wahlbevölkerung provoziert, sondern die Politikerinnen und Politiker selber unter den Überforderungen leiden, die die Arbeitsteilung produziert, so wäre eine Verstärkung gesellschaftlicher Sensorien, wären Hilfen für vielfältige Artikulation und vermehrte Diskursangebote zwischen ‚Normalmenschen‘, aber auch zwischen solchen und der Politik für beide Seiten mehr als nur Kosmetik: Sie könnten (Pardon für das biologistische Bild!), wenn denn die verkalkten Arterien und Venen zwischen Staat und Gesellschaft nicht mehr genügend Zirkulation der Ideen und Interessen erlauben, den lebensrettenden Bypass eröffnen. „Lebensrettend“ darum, weil mehr Reflexivität und Multiperspektivität, Verlangsamung der Entscheidungen über großtechnische Pfade, die Einübung in Relativismus und Ambivalenzen, eine Kultur des Zweifels, der Vielstimmigkeit und des Aushandelns nicht Sahnehäubchen auf dem luxusdemokratischen Desert sind, sondern notwendige Existenzbedingung einer zivilisierten Moderne, in der jedem partizipierendem Objekt der Versuch zugemutet ist (und zugemutet werden muß), Fremdsichten, Expertenwissen und Zukunftsperspektiven zur Kenntnis zu nehmen<sup>23</sup>.

„Stärker als Massenmedien zuzuhören, sie zu lesen oder ihnen zuzuschauen, ist es letzten Endes das Gespräch von Mensch zu Mensch, das wirklich Meinungen verändert.“ (C. W. Mills) Diese aus der Wahlforschung geborene Grundthese des „Two Step Flow of Communication“ kann nicht nur elitetheoretisch (als Entdeckung der Meinungsführer) gelesen werden, sondern auch als

21 Vgl. Ortfried Schaffter, Zwischen Einheit und Vollständigkeit. Weiterbildungsorganisation – ein locker verkoppeltes Netzwerk, in: F. Hagedorn u. a. (Hrsg.) (Anm. 19).

22 Vgl. Klaus Ahlheim, Diskursethik in der Erwachsenenbildung – Faszination und Anwendungsprobleme, in: Beiträge der Bezugswissenschaften zur Erwachsenenbildung, zusammengestellt von Hans Tietgens (= Studienbibliothek für Erwachsenenbildung, Bd. 4), Frankfurt/M. 1993, S. 29.

23 Vgl. Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M. 1993, bes. S. 189 ff.

Demokratisierungsprogramm öffentlicher Kommunikation: Politische Manipulation hat ihre Grenzen; versuchen wir es also mit organisatorisch und thematisch breit angelegten, niedrighschwelligem Angeboten, die zur Orientierung und Verständigung der Menschen und damit auch zur „Wiederaufforstung“ des Sozialen (C. Offe) und zur Humanisierung von Politik und Subpolitik ein Scherlein beitragen. Politische Bildung als „relativ

kontinuierliche Geselligkeit unter Fremden“ kann wie wenige andere Institutionen und Orte die Chance bieten, „den kommunikativen, identitätsstiftenden Sinn von Argumentation zu erfahren“<sup>24</sup> – ein Wert, der ohne ausreichende öffentliche Förderung erneut zum bildungsbürgerlichen Privileg würde.

---

24 E. Schlutz (Anm. 13), S. 105.

## Die politische Beteiligung junger Menschen: (k)ein Thema für die politische Bildung?

### I. „Jugendkrise“-Debatte: wie gehabt?

Von Politik- bzw. Politiker- bzw. Parteienverdrossenheit, von politischem Desinteresse, ja, gar von Krise der Demokratie ist verbreitet die Rede, und dies insbesondere bezogen auf die jüngere Generation in unserer Bevölkerung. Als wichtigster Indikator für die beklagten Defizite gilt gemeinhin die abnehmende Wahlbeteiligung. Ursula Feist hat die Wahlbeteiligung im Zeitraum von 1961 bis 1990 näher betrachtet und kommt zu dem Ergebnis, „daß die Jüngeren strukturell sehr viel seltener zur Wahl gehen, sowohl Männer als auch Frauen, während sich die Älteren... stärker an der Wahl beteiligen“<sup>1</sup>.

Konfrontiert mit dieser Tendenz sollten wir uns davor hüten, vorschnell weitreichenden, allein auf die quantitative Wahlbeteiligung bezogenen Deutungen bzw. Handlungsanweisungen zu folgen. Bevor wir aufgeregt und zugleich sehr fundamental „die skeptische Frage nach der Zukunft unserer Demokratie aufwerfen“<sup>2</sup> und uns zu vermeintlich wirksamen pädagogischen Gegentherapien nötigen lassen (etwa mit dem Ziel der massenhaften Hin- bzw. Rückführung von Jungwählern an die Urnen), sollten wir die einschlägigen Befunde in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachten.

Zudem könnte unsere Erinnerung an die Tatsache von gewissem Nutzen sein, daß Aufgeregtheiten, wie wir sie gegenwärtig hinsichtlich der sinkenden Wahlbeteiligung insbesondere von Jugendlichen erleben, aus ähnlichem Anlaß vor mehr als zehn Jahren – ganz im Sinne pädagogisch-politischer Konjunkturzyklen – schon einmal entsprechende Diskussionen kennzeichneten: Der Anlaß war damals ein (scheinbar) doppelter: zum einen ein überraschend artikulierter nonkonformer „Jugend-

protest“ (wo doch nach den 68er-Unruhen in den siebziger Jahren relative Ruhe eingekehrt war); zum anderen war der Anlaß jener intensiven Jugenddebatte scheinbar das Gegenteil: „Staatsverdrossenheit“, „Apathie“, „düstere Zukunftsorientierung“<sup>3</sup>. Tatsächlich jedoch waren (und sind auch heute) Protest und Apathie keine gegensätzlichen, sondern unterschiedliche Ausdrucksformen jugendlichen „Bewältigungshandelns... in diffusen und durch diese Diffusität belastenden Sozial-situationen“<sup>4</sup>.

Nicht nur diese plausible Deutung der scheinbar widersprüchlichen Phänomene Protest und Apathie, sondern einige weitere Aspekte der damaligen „Jugendkrise“-Debatte sind es schließlich, die für unsere heutige Diskussion hilfreich sein können – insofern nämlich, als sie unser Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen hinsichtlich der gegenwärtig konstatierten abnehmenden Wahlbeteiligung und der sogenannten Politikverdrossenheit schärfen dürften. In diesem Sinne lassen sich aus jener Debatte u. a. folgende Aspekte ableiten:

- die bereits damals ausgeprägte Neigung von Vertretern der institutionalisierten Politik, veränderte soziale Verhaltensweisen mit Irritation, mit Alarmiertheit wahrzunehmen und die politische Bildung entweder dafür mitverantwortlich zu machen oder/und als *Troubleshooter* anzufordern und sich somit eigener notwendiger Selbstreflexion zu entziehen, mit dem – vielleicht nicht unbeabsichtigten – Effekt, daß kritische Fragen zum realen Zustand des politischen Systems nicht thematisiert werden;
- die damals von seiten einiger Politikdidaktiker deutlich geäußerte, an die eigene Adresse bzw.

1 Ursula Feist, *Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?*, in: Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992, S. 50f.

2 Fritz Kohls, *Unsere Jugend – politisch interessiert oder „entpolitisiert“?*, in: *neue praxis*, (1992) 2, S. 169.

3 Zur damaligen Diskussion vgl. *Jugendprotest im demokratischen Staat. Bericht und Arbeitsmaterialien der Enquetekommission des Deutschen Bundestages*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 196, Bonn 1983; Kurt Franke (Hrsg.), *Jugend, Politik und politische Bildung*, 2. Bundeskongreß für politische Bildung 1984, hrsg. im Auftrag der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Opladen 1985.

4 Lothar Böhnisch, *Schule als anomische Struktur*, in: Wilfried Schubarth/Wolfgang Melzer (Hrsg.), *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus*, Opladen 1993, S. 157.

Klientel gerichtete Warnung, sich weder als ideelle gesellschaftliche Gesamttherapeuten zu übernehmen, noch sich von Restaurateuren traditioneller Werte vereinnahmen zu lassen.

Und schließlich läßt sich aus unserem Rückblick noch eine vielleicht hilfreiche Konsequenz ziehen, nämlich die des bewußten, aber zugleich auch gelassenen Umgangs mit Befunden, die von gesellschaftlichen oder politischen Erwartungen abweichendes Jugendverhalten dokumentieren.

In diesem Sinne sensibilisiert, können wir uns nunmehr dem Phänomen der abnehmenden Wahlbeteiligung insbesondere Jugendlicher im Zusammenhang mit einigen neueren Aspekten der gesellschaftlichen Entwicklung und Wirklichkeit zuwenden, um daran anschließend begründet über pädagogische bzw. politikdidaktische Konsequenzen nachzudenken.

---

## II. Die Wahlbeteiligung im Zusammenhang gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse

---

Zwei Gesichtspunkte der rasant verlaufenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse dürften in besonderem Maße deren subjektive Verarbeitung erleichtern. Diese beiden Aspekte sind mit den Begriffen „Partizipatorische Revolution“<sup>5</sup> sowie „Individualisierung“<sup>6</sup> erfaßt.

Die als Partizipatorische Revolution bezeichnete, seit Mitte der sechziger Jahre zunehmende Bereitschaft vor allem jüngerer Menschen, sich politisch zu beteiligen, schlug sich nicht in Form von quantitativer Zunahme der Wahlbeteiligung Jugendlicher nieder, sondern sie hat sowohl zur „De-Institutionalisierung“ politischer Partizipation als auch zur „Erweiterung der politischen Beteiligungsrepertoires“<sup>7</sup> geführt. Im Zuge der fortschreitenden „Konventionalisierung der unkonventionellen Partizipation“<sup>8</sup> haben sich die einstigen neuen

5 Max Kaase, Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien, Opladen 1982, S. 173 ff.

6 Vgl. u. a.: Ulrich Beck, Individualisierung sozialer Ungleichheit. Zur Enttraditionalisierung der industriegesellschaftlichen Lebensformen, in: ders., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 113 ff.; Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim 1991.

7 Wilhelm Bürklin, Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: K. Starzacher/K. Schacht/B. Friedrich/Th. Leif (Hrsg.) (Anm. 1), S. 20.

8 Ebd., S. 22.

sozialen Bewegungen als „Teil der Allgemeinkultur der Jüngeren“<sup>9</sup> wie auch der übrigen Bevölkerung etabliert. Zugleich jedoch „haben soziale Bewegungen an mobilisierender Kraft verloren“<sup>10</sup>; ihre Inhalte wie auch ihr „gesellschaftliches Innovations- und Steuerungspotential“ sind in hohem Maße vom System absorbiert bzw. integriert worden mit der öffentlich beklagten Folge, „daß sich die Distanz zur institutionalisierten Politik sukzessive vergrößert hat“<sup>11</sup> – ein Effekt, der inzwischen zu einem „Marsch aus den Institutionen“<sup>12</sup> angewachsen zu sein scheint.

Unterstützt worden sind diese Entwicklungen durch verstärkt einsetzende gesellschaftliche Desintegrations- bzw. Individualisierungsprozesse. „Das Ergebnis . . . ist der individualisierte Mensch, der sich von traditionellen Großorganisationen jeder Art abwendet . . . Er setzt statt dessen – rationalerweise – auf die Erhöhung bzw. die Maximierung seiner Beteiligung in kleinen dezentralen Einheiten.“<sup>13</sup>

Diese Entwicklung hin zu „kleinräumigen und wechselhaften politischen Präferenzbildungen“<sup>14</sup> – pointiert formuliert: zur „Bereitschaft von Bürgern, eigenständige politische Unternehmer zu werden nach dem Motto ‚Wählen wir uns doch selbst‘“<sup>15</sup> – charakterisiert Claus Offe treffend als den „sanften Tod des politischen Stammkunden“<sup>16</sup>.

Die abnehmende Wahlbeteiligung und die daraus pauschal abgeleiteten Urteile der Parteien- bzw. Politik(er)verdrossenheit sowie die damit verbundene Entpolitisierungs- bzw. Systembedrohungstheorie dürften also, in diesem gesamtgesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang betrachtet, eine gewisse Relativierung erfahren. Dieser Eindruck

9 Jugend '92: Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Bd. 1, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen 1992, S. 217.

10 Ebd.

11 Wolfgang Melzer, Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland, Opladen 1992, S. 21.

12 Elmar Wiesendal, Der Marsch aus den Institutionen: Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/90, S. 3–14.

13 W. Bürklin (Anm. 7), S. 35.

14 Claus Offe, Wider scheinradikale Gesten, in: Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hrsg.), Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt/M. 1992, S. 135.

15 Hans-Georg Betz, Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 12.

16 C. Offe (Anm. 14).

läßt sich noch verdichten, wenn man einige einschlägige mikrosoziale Beobachtungen hinzufügt:

- „Beobachtungen in jüngerer Zeit stellen... fest, daß sich insbesondere... die Zahl der gut informierten, gut situierten, intelligenten Nichtwähler vermehrt.“<sup>17</sup>
- „Wir wissen, daß die Nichtbeteiligung an der Wahl etwas mit der Einschätzung der Wichtigkeit der Wahl zu tun hat.“<sup>18</sup>
- „Wahlenthaltung dürfte somit heute weniger Ausdruck von Interesselosigkeit oder Gleichgültigkeit als vielmehr das Ergebnis eines bewußten Entscheidungsprozesses sein – die meisten Nichtwähler sind Wähler.“<sup>19</sup>
- „Nichtwähler sind tendenziell in geringerem Maße in die Gesellschaft integriert und haben weniger Kontakte zu anderen Menschen.“<sup>20</sup>

Insgesamt also kann man „vermuten, daß die Partei der Nichtwähler... Zulauf aus diesem Reservoir der selbstbestimmten, kritischen Individualisten erhält“<sup>21</sup>, und es steht zu erwarten, daß die „Partei der Nichtwähler“ mit weiter fortschreitender gesellschaftlicher Desintegration bzw. mit der Intensivierung der Individualisierungsschübe weiter anwachsen wird.

---

### III. Erhöhung der Wahlbeteiligung – ein (quantitatives) Ziel an sich?

---

Wie ist nun das quantitative Phänomen der sinkenden Wahlbeteiligung insbesondere bei jungen Menschen im Kontext der hier skizzierten gesellschaftlichen Prozesse und mit Blick auf den Zustand bzw. die Entwicklung unseres politischen Systems (also qualitativ) zu beurteilen?

Einerseits verfügen, wie wir gesehen haben, auch jüngere Bürger über ein erweitertes politisches Beteiligungsrepertoire, und wenn sie sich der Wahl enthalten, dann tun sie das durchaus bewußt. Insofern wäre ein bemerkenswerter qualitativer, demo-

kratischer Schritt in Richtung „Ent-Fetischisierung der staatsbürgerlichen Teilnahme am politischen Leben“ in einem System getan, in dem Demokratie sich mehr auf ein „Set von Spielregeln“<sup>22</sup> zu reduzieren scheint und weniger durch qualitative politische Partizipation charakterisiert ist<sup>23</sup>. Andererseits ist nicht zu ignorieren, daß diese materialen Demokratisierungsprozesse sich immer weniger innerhalb der großen traditionellen gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften realisieren, mithin zunehmend die eher individualistische, dezentrale, fluktuierende politische Willensbildung „eigenständiger politischer Unternehmer“<sup>24</sup> begünstigen und damit dem „Verfall der politischen Ressourcen der Gesellschaft“, der „Entwertung der institutionellen Mittel“<sup>25</sup> für das weiterentwickelnde demokratische System den Weg bereiten.

Was also wäre zu tun, falls diese Entwicklung „die Chancen derjenigen Anbieter auf dem politischen Markt (begünstigt), die auf dem Absatzweg populistischer ‚Direktverkäufer‘ und entsprechend bedenkenlos alles das auf den politischen Markt bringen, was sich durch Appell an Ressentiments und individuelle Bereicherungsinstinkte schnell absetzen läßt“<sup>26</sup>? Was also wäre zu tun, falls dieser Prozeß auch nicht annähernd von den zuvor beschriebenen qualitativen politischen Beteiligungsfortschritten kompensiert werden könnte?

Die Suche nach überzeugenden Antworten auf diese Zukunftsfrage darf sich keinesfalls reduzieren auf Möglichkeiten der (Wieder-)Erhöhung der Wahlbeteiligung an sich, sondern sie muß sich auf die grundsätzliche, kreativ und differenziert zu gestaltende „Verbesserung der Chancen von Bürgern auf politische Mitgestaltung“<sup>27</sup> konzentrieren und dabei sowohl – und in erster Linie – die politischen Parteien und Institutionen fordern als auch die „von unten“ vitalisierte Öffentlichkeit<sup>28</sup> einbeziehen. Inwieweit eine gesellschaftliche Institution wie die Schule dabei aktiv mitwirken kann und soll, bleibt nachfolgend zu untersuchen.

---

17 Ursula Feist, Die Partei der Nichtwähler, in: Gegenwartskunde, 41 (1992) 4, S. 431.

18 Dieter Roth, Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: K. Starzacher/K. Schacht/B. Friedrich/Th. Leif (Hrsg.) (Anm. 1), S. 63.

19 Michael Eilfort, Sind Nichtwähler auch Wähler?, in: ebd., S. 171.

20 Ebd., S. 174; vgl. W. Melzer (Anm. 11), S. 92.

21 Hans Rattinger, Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 26.

22 Jürgen Habermas/Ludwig von Friedeburg/Christoph Oehler/Friedrich Wetz, Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1969<sup>3</sup>, S. 15.

23 Zur „Qualität der politischen Beteiligung“ und deren skalierten Bestimmung (David Riesman) vgl. ebd.

24 H.-G. Betz (Anm. 15).

25 C. Offe (Anm. 14), S. 135.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Ulrich Sarcinelli, „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält. Orientierungen für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/93, S. 37.

### 3. Schülererfahrungen einbeziehen

Die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Schülererfahrungen im organisierten Lernprozeß ist keineswegs neu<sup>37</sup>. Auf der Basis der von Heinz-Hermann Krüger und Rainer Lersch entwickelten Theorie von Schule und Unterricht, die sich vor allem an der Perspektive „des autonom handlungsfähigen Subjekts in einer humanen und demokratischen Gesellschaft“<sup>38</sup> orientiert, sollen nachfolgend – in aller Kürze und dabei in unvermeidbarer Abstraktheit – einige zentrale Elemente solcher pädagogischer Handlungsrichtungen skizziert werden, denen für die Initiierung erfahrungsbezogener Lernprozesse besondere Bedeutung zukommt.

Schule, die in dem hier diskutierten Sinne Identitätsbildungsprozesse ihrer Schüler unterstützen will, sollte in inhaltlicher, struktureller und methodischer Hinsicht vor allem darum bemüht sein,

- die Kontinuität von Schülererfahrungen, -interesse und -motivation zu wahren;
- den Realitätsbezug der erfahrenen Inhalte herzustellen und zu erhalten;
- komplexe, interdependente und kooperative Lernerfahrungen bzw. -handlungen zu unterstützen;
- die Erfahrung von selbstbestimmtem, selbstorganisiertem Handeln zu fördern.

a) *Kontinuität von Schülererfahrungen, -interesse und -motivation wahren* heißt z. B.,

- dem betreffenden (Unterrichts-)Gegenstand adäquate Lebenswelterfahrungen der Schüler aufzugreifen und für den Lernprozeß zu nutzen, d.h., sie in sachlicher, kommunikativ-sprachlicher und sozialer Hinsicht aktiv weiterzuentwickeln;

37 Vgl. u.a. John Dewey, *Experience and Nature*, New York 1929; ders., *Erfahrung und Erziehung*, in: Werner Correl (Hrsg.), *John Dewey. Psychologische Grundfragen der Erziehung*, München-Basel 1974, S. 247 ff.; ders., *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*, hrsg. von Jürgen Oelkers, Weinheim-Basel 1993; Hartmut von Hentig, *Schule als Erfahrungsraum? Eine Übung im Konkretisieren einer pädagogischen Idee*, Stuttgart 1973; ders., *Die Schule neu denken. Eine Übung in praktischer Vernunft*, München-Wien 1993<sup>2</sup>; Heinz Klippert, *Durch Erfahrung lernen. Ein Prinzip (auch) für die politische Bildung*, in: *Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 258, Bonn 1988, S. 75 ff.; Heinz-Hermann Krüger/Rainer Lersch, *Lernen und Erfahrung. Perspektiven einer Theorie schulischen Handelns*, Opladen 1993<sup>2</sup>; Ingo Scheller, *Erfahrungsbezogener Unterricht. Praxis, Planung, Theorie*, Königstein 1983.

38 H.-H. Krüger/R. Lersch (Anm. 37), S. 155 ff.

– dabei das Interesse der Schüler als Produkt bisheriger Erfahrungen sowie als Triebkraft für den fortschreitenden Lernprozeß zu berücksichtigen und auf höherer Ebene ständig zu reproduzieren, d.h., über die Kontinuität von Schülererfahrungen die Kontinuität des Schülerinteresses an neuen, aber nicht fremden Erfahrungen zu wahren;

– Situationen, Räume in der Schule und deren Umfeld zu nutzen, anzubieten, zu eröffnen, in denen solcherlei Erfahrungen (alternativ bzw. ergänzend zu den bisherigen) ermöglicht bzw. bearbeitet werden können.

b) *Realitätsbezug der erfahrenen Inhalte herstellen und erhalten* bedeutet u. a.,

– Schule und Leben zu integrieren, also Lernprozesse inhaltlich, strukturell und methodisch an der Lebenswelt der Schüler zu orientieren;

– didaktische Sensibilität bei der Gratwanderung zwischen verabsolutierter Scholorientierung („sozialer Blindheit“<sup>39</sup>) einerseits und verabsolutierter Alltagsorientierung („affektiver Involviertheit“<sup>40</sup>) andererseits zu entwickeln;

– das Politische im Sozialen, mithin politikrelevante Erfahrungen der Schüler aufzuspüren und für den Lernprozeß zu reorganisieren;

– angesichts des grundsätzlichen Problems, daß schulische Inhalte und Prozesse stets vermittelte, inszenierte Wirklichkeit sind, den Lebensweltbezug während des gesamten Lernprozesses (und nicht nur an dessen Beginn) zu wahren;

– bei der Frage, welchem Transformationstyp der gewählte Unterrichtsgegenstand entsprechen soll (etwa dem Fall, dem Modell oder der Situation), stets denjenigen mit dem höchsten Authentizitäts- bzw. Realitätsgrad zu bevorzugen.

c) *Komplexe, interdependente und kooperative Lernerfahrungen bzw. -handlungen unterstützen* meint etwa,

– der real existierenden und von Schülern so erfahrenen Komplexität der (Unterrichts-) Gegenstände zu entsprechen und nicht von

39 L. Böhnisch (Anm. 4), S. 154.

40 Hans-Jürgen Pandel, *Alltagsorientierung*, in: W. W. Mickel/D. Zitzlaff (Hrsg.) (Anm. 31), S. 69.

vornherein fachdisziplin- (sozial- bzw. politikwissenschaftlich)orientierte Auswahl- bzw. Transformationsentscheidungen zu treffen, d. h.,

– bei der Planung bzw. Durchführung von Lernprozessen die sachlich-kognitiven, sprachlich-kommunikativen und sozialen Interdependenzen des betreffenden Gegenstands in inhaltlicher, struktureller und methodischer Hinsicht durch die Reorganisation bzw. das Anbieten einschlägiger Lernerfahrungen zu berücksichtigen, um so die Herausbildung entsprechender Handlungskompetenzen zu fördern;

– dabei vor allem interdisziplinäre bzw. kooperative (projektorientierte) Formen der Lernorganisation einzubeziehen.

d) *Selbstbestimmtes bzw. selbstorganisiertes Handeln, also Partizipation fördern* heißt z. B.,

– Schülern schrittweise zu entwickelnde Möglichkeiten anzubieten, Partizipation und selbstbestimmtes Handeln zu erfahren;

– Schülern zu ermöglichen, die Authentizität und Effektivität ihrer Partizipation zu erfahren, also die Erfahrung zu ermöglichen, daß ihre Partizipation wirklich gefragt ist und Wirkung zeigen kann;

– Schülern zu ermöglichen, die Chancen und auch (aber nicht nur) Grenzen des selbstbestimmten Handelns zu erfahren, mithin also Verantwortungskompetenz (als zentrales Element der Identitätsbildung) zu erwerben;

– Schülern mehr und mehr Selbständigkeit zuzutrauen und (vermeintliche oder tatsächliche) Umwege zuzulassen;

– Lehrerverhalten zu überprüfen und ggf. erste mutige Schritte zur (Selbst-)Emanzipation von überflüssigem Helfersyndrom und Didaktisierungsdrang zu wagen;

– Schüler als Personen (und nicht nur als Lieferanten konventioneller Schulleistungen) ernst zu nehmen;

– konventionelle Prioritätensetzung des Lernens für die Zukunft zugunsten des Lernens in der/für die (schul- bzw. schülerbezogene) Gegenwart abzubauen;

– Schule insgesamt sowie Gesellschafts- und Politikunterricht insbesondere nach Möglich-

keiten der strukturellen, inhaltlichen und methodischen Schülerbeteiligung zu durchforsten und ggf. in diesem Sinne zu verändern.

#### 4. Gesellschafts- und Politikunterricht besonders gefordert

Eine Schule, die dazu beitragen will, daß Schüler „autonome Handlungsfähigkeit“ (Wilhelm Heitmeyer), d. h. individuelle Selbst- und soziale Mitbestimmungskompetenz in einer „Gesellschaft von Mündigen“ (Theodor W. Adorno) herausbilden und insofern ihre „Chancen auf politische Mitgestaltung“ (Claus Offe) verbessern können, erfordert (vor allem Gesellschafts- und Politik-)Lehrer, die kompetent und bereit sind, der zunehmenden objektiven Bedeutsamkeit bzw. den subjektiven Auswirkungen der hier skizzierten De-Institutionalisierungs- bzw. Individualisierungstendenzen politischer Partizipation pädagogisch-didaktisch adäquat zu begegnen. Dies insofern, als sie nicht nur fachdisziplinentorientiertes Wissen vermitteln, sondern zunehmend auch erfahrungsbezogene, interdisziplinäre, Schüler und Schule insgesamt einbeziehende Lernprozesse in Gang setzen. Wer anders als Gesellschafts- und Politiklehrer wäre in besonderem Maße kompetent für das Aufspüren des „Politischen im Sozialen“<sup>41</sup>, in jenem Bereich der gesellschaftlichen Wirklichkeit also, in dem unsere Schüler ihre (wie wir alle unsere) politikrelevanten (Vor-)Erfahrungen sammeln: im „Mikrobereich alltäglicher Kommunikation“<sup>42</sup>.

Einer solchen Herausforderung bewußt und offensiv zu begegnen wäre im übrigen ein wirksamer Beitrag der Gesellschafts- und Politiklehrer für die Optimierung ihres professionellen Selbstverständnisses, mithin ihres Tätigkeitsbereichs in einer zu verändernden Schule, in der, wie Wolfgang Klafki es formulierte, politische Bildung vielleicht einmal „als eine konstitutive Komponente ‚allgemeiner Bildung‘ ausgelegt wird“<sup>43</sup>.

41 Tilman Grammes, Politikdidaktik und Sozialisationsforschung. Problemgeschichtliche Studien zu einer pragmatischen Denktradition in der Fachdidaktik, Frankfurt/M. 1986, S. 57.

42 Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S. 159.

43 Wolfgang Klafki, Allgemeinbildung für eine humane, fundamental-demokratisch gestaltete Gesellschaft, in: Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 284, Bonn 1990, S. 301.



## **Hans-J. Misselwitz: Politikwahrnehmung und Politikvermittlung in den neuen Bundesländern. Was kann politische Bildung zur Festigung der Demokratie leisten?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45-46/94, S. 3-11

In der Öffentlichkeit wird bei der Beurteilung der politischen Entwicklung in Ostdeutschland die PDS mehr beachtet als die dramatisch gesunkene Bereitschaft zur Beteiligung an Politik, wofür die hohe Wahlenthaltung ein Indikator ist. Die Symptome der Entfremdung von Politik lassen sich mit Blick auf die Entwicklung nach 1990 nicht mehr allein auf das Konto der politischen Sozialisation in der DDR verbuchen. Eine Mischung aus allgemeiner Parteienverdrossenheit, antiwestdeutschen Ressentiments und zu hohen Erwartungen, die in die demokratische Staatsform gesetzt werden, haben ihre Ursachen nicht allein in Repräsentationsdefiziten ostdeutscher Interessen im Einigungsprozeß.

Das verlorene Vertrauen in die Politik hängt mit dem Dilemma zusammen, in das der Rechtsstaat als gewollte Rechtsordnung einerseits und als Instrument des Systemwechsels andererseits geraten ist, insbesondere in Fragen des Eigentumsrechtes und des rechtlichen Umgangs mit der DDR-Vergangenheit.

Die politisch-psychologische Vollendung der deutschen Einheit steht an einem Scheideweg. Die geschichtlichen Erfahrungen im Osten erfordern einen Umgang mit der DDR-Geschichte als Bestandteil *gemeinsamer* deutscher Geschichte. Der Schlüssel dafür liegt in der Bewertung der NS-Diktatur, in deren Folge die Teilung auch ein Ausdruck der Unversöhnlichkeit der politischen Spaltung der deutschen Gesellschaft war. Nach dem friedlichen Ende des kommunistischen Experiments ist die deutsche Einheit die historische Chance, an die Stelle der einstigen Unversöhnlichkeit einen demokratischen Konsens zu setzen, der im gemeinsamen Widerstand gegen die NS-Diktatur bereits angelegt war.

Die mittelfristig bleibenden Probleme des Strukturumbruches in Ostdeutschland erfordern neue Wege und Instrumente der Einbeziehung der jetzt auf politische Distanz gegangenen Gruppen. Politische Bildung, verstanden als eine Veranstaltung der Kommunikation von Politik, ist in den neuen Bundesländern als eine Strukturinvestition zu fördern. Hier könnte ein Netzwerk freier Träger eine neue Form politischer Öffentlichkeit bieten und als Orte der politischen Bildung und Partizipation die Lücke zwischen etablierter Politik und Bürger schließen helfen.

## **Paul Ciupke/Norbert Reichling: Politische Erwachsenenbildung als Ort öffentlicher Verständigung. Argumente für ein erweitertes Selbstverständnis**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45-46/94, S. 13-21

Politische Erwachsenenbildung führt im Vergleich zu den expandierenden Sektoren der beruflichen Qualifikation oder der kulturellen Bildung ein bescheidenes Dasein; ihre Wertschätzung in Öffentlichkeit und Politik erwacht in der Regel nur dann, wenn auf akute Zuspitzung etwa von Technik-Akzeptanzproblemen oder des Rechtsradikalismus zu reagieren ist. Eine solche „Feuerwehr“ will sie nicht sein, Instrument politischer Loyalitäten auch nicht – aber was kann sie statt dessen?

Der Beitrag skizziert soziologische, demokratiethoretische und pädagogische Argumente für ein Verständnis politischer Erwachsenenbildung als Raum öffentlicher Verständigung über die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft und die Erinnerung der Vergangenheit. Einer solchen Sphäre jenseits politischer Entscheidungszwänge bedürfen sowohl die Individuen als auch das demokratische System, um die in modernen Gesellschaften produzierte Komplexität und die Balance immer zerbrechlicherer Identitäten zivilgesellschaftlich zu bewältigen. Will politische Erwachsenenbildung einen Beitrag dazu leisten, setzt dies aber voraus, daß ihre Akteure, Theoretiker und politisch Verantwortlichen die Furcht vor einer „Entgrenzung“ dieses Sektors zügeln, die Eigenlogik pädagogischer Prozesse ernst nehmen und eine Öffnung für ökologische, biographische, kulturelle und ästhetische Fragestellungen sowie für ein weites Methodenrepertoire bewußt betreiben.

## **Klaus Koopmann: Die politische Beteiligung junger Menschen: (k)ein Thema für die politische Bildung?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45-46/94, S. 23-28

Um die Bereitschaft insbesondere der jüngeren Generation, sich politisch zu engagieren, scheint es nicht gut zu stehen. Das gilt zumindest hinsichtlich der Wahlbeteiligung, die gemeinhin ein wichtiger Indikator für politische Partizipation ist. Wie ist dieser quantitative Befund qualitativ zu bewerten? Einerseits haben sich vor allem jüngere Menschen im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte ein erweitertes politisches Beteiligungsrepertoire angeeignet; und wenn sie sich der Wahl enthalten, dann tun sie dies durchaus bewußt. Andererseits materialisieren sich die veränderten Partizipationsformen immer weniger innerhalb der großen traditionellen gesellschaftlichen bzw. politischen Organisationen – ein Prozeß, der längerfristig zur schleichenden Entdemokratisierung der politischen Institutionen beitragen könnte.

Die Suche nach überzeugenden Antworten auf diese Entwicklung sollte sich keinesfalls auf Möglichkeiten zur allein quantitativen Erhöhung der Wahlbeteiligung beschränken, sondern muß sich auf die kreativ und nachhaltig zu gestaltende „Verbesserung der Chancen von Bürgern auf politische Mitgestaltung“ (Claus Offe) konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Schule, insbesondere der Gesellschafts- und Politikunterricht, gefordert – und zwar nicht im Sinne der periodisch von ihr verlangten „Feuerwehr-Einsätze“, sondern ihrem an der Perspektive „Mündigkeit in einer humanen und demokratischen Gesellschaft“ orientierten Selbstverständnis entsprechend –, Schülern zur Entfaltung individueller Selbst- und sozialer Mitbestimmungskompetenz zu verhelfen. In der Konsequenz dieses Anspruchs muß Schule vor allem die Identitätsbildung ihrer Schüler unterstützen, indem sie nicht nur Fachwissen vermittelt, sondern zunehmend auch erfahrungsbezogene, interdisziplinäre Handlungsprozesse in Gang setzt.

# Jahresbände

## Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis, Sach-  
und Personenregister



# 25,- DM

zuzügl. Versandkosten

**neu**  
Jahrgang 1993

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*

**Jahrgang: 1992**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- **Das Parlament,** Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, 54290 Trier  
Telefax (06 51) 46 04-153

Aus Politik  
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis  
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

## Vierzig Jahre Aus Politik und Zeitgeschichte

### Gesamtverzeichnis 1953-1992

Chronologisches Register,  
Autorenregister,  
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

**Preis: 15,- DM**  
zuzügl. Versandkosten